Landeshauptstadt Hannover Datum 17.10.2006

Einladung

zum Planungsworkshop für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung
am Montag, 30. Oktober 2006, **13.00 Uhr**, Rathaus, Hodlersaal

und anschließend

zur 46. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Montag, 30. Oktober 2006, **15.00 Uhr**, Rathaus, Hodlersaal

---

Tagesordnung:

I. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Planungsworkshop für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung
s. Anlage - Stellungnahmen der Facharbeitsgruppen nach § 78 KJHG

II. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

3. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

4. Bericht aus der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung

5. Anträge zur Streichung des Essensgeldes

5.1. Antrag von Ratsfrau Schöberle zur Streichung des Essengeldes in Kindertagesstätten ab dem 1.11.2006
(Drucks. Nr. 1804/2006) - am 14.09.2006 vom Rat überwiesen -

5.2. Antrag der BSG-Fraktion und Ratsfrau Schöberle zur Streichung des Essengeldes in Kindertagesstätten ab dem 1.11.2006
(Drucks. Nr. 1999/2006) - am 25.09.2006 als Dringlichkeitsantrag im AJHA abgelehnt

6. Antrag der BSG-Fraktion und Ratsfrau Schöberle zur Stiftungsprofessur an der FH Hannover für den Bachelorstudiengang Elementarpädagogik (Studium für Erzieherinnen)
(Drucks. Nr. 2000/2006)

7. Bedarf an Schulkinderbetreuung
(Informationsdrucks. Nr. 1749/2006 mit 3 Anlagen) -bereits übersandt

8. Armut in der Landeshauptstadt Hannover - Entwicklung neuer Armutsindikatoren nach der HARTZ IV Reform
(Informationsdrucks. Nr. 2001/2006 mit 1 Anlage)

9. Umstrukturierung des Betreuungsangebotes in der Kita Oberbürgermeister-Weber-Haus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in der Rosenbergstraße 22
(Drucks. Nr. 1879/2006)

10. Heimverbund Berichtswesen für das Jahr 2006
(Informationsdrucks. Nr. 2048/2006 mit 2 Anlagen)

11. Förderrichtlinie über die Gewährung von Leistungen zum sozialpädagogisch begleiteten Wohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach § 13 Absatz 1 SGB VIII (Jugendwohnbegleitung)
(Drucks. Nr. 2008/2006 mit 1 Anlage)

12. Qualifizierung Tagespflege
(Informationsdrucks. Nr. 1998/2006 mit 2 Anlagen)

13. Wohnortnahe Ferienbetreuungsmaßnahmen
(Drucks. Nr. 2049/2006)

14. Antrag von Torsten Albrecht und Ulrich Witt zur Beschlussdrucksache Nr. 1541/2005
(Drucks. Nr. 2051/2006)

15. Zuwendungen für Baumaßnahmen in Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2006
(Drucks. Nr. 2014/2006)

16. Bericht des Dezernenten

S c h m a l s t i e g

Oberbürgermeister

Antrag
(Antrag Nr. 1804/2006)

Eingereicht am 04.09.2006 um 12:34 Uhr.

Antrag von Ratsfrau Schöberle zur Streichung des Essengeldes in Kindertagesstätten ab dem 1.11.2006

Antrag,
der Rat möge beschließen:

Das zum 1.8.2005 eingeführte Essengeld in den hannoverschen Kindertagesstätten wird ab dem 1. November 2006 nicht mehr erhoben.

Begründung
Das Essengeld in hannoverschen Kindertagesstätten, das zum 1.8.2005 als Elternbeitragserhöhung eingeführt wurde, passt sozial nicht in diese Zeit. Gerade die jungen Familien mit kleinen Kindern sind durch eklatant steigende Lebenshaltungskosten stark belastet, die zusätzliche Beitragerhöhung von 30 Euro können viele nicht mehr leisten.

Es hat sich in den Monaten außerdem gezeigt, dass ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand produziert wird.

Berichte von Trägern, Kita-Mitarbeiter/innen und Elternvertretungen sprechen zu beiden Punkten eine deutliche Sprache.

Um Familien zu entlasten und Nichtanmeldungen zu verhindern und allen Kindern einen chancengleichen Zugang zur Bildungseinrichtung Kindergarten/Kindertagesstätte zu ermöglichen, ist es daher dringend erforderlich, das Essengeld sofort zu streichen.

Marianne Schöberle

Hannover / 04.09.2006

Gemeinsamer Antrag von BSG-Fraktion und Ratsfrau Schöberle

(Antrag Nr. 1999/2006)

Eingereicht am 25.09.2006 um 15:00 Uhr.

Antrag der BSG-Fraktion und Ratsfrau Schöberle zur Streichung des Essengeldes in Kindertagesstätten ab dem 1.11.2006

Antrag,

Der Rat möge beschließen:

Das zum 1.8.2005 eingeführte Essengeld in den hannoverschen Kindertagesstätten wird ab dem 1. November 2006 nicht mehr erhoben.

Begründung

Das Essengeld in hannoverschen Kindertagesstätten, das zum 1.8.2005 als Elternbeitragserhöhung eingeführt wurde, passt sozial nicht in diese Zeit. Gerade die jungen Familien mit kleinen Kindern sind durch eklatant steigende Lebenshaltungskosten stark belastet, die zusätzliche Beitragserhöhung von 30 Euro können viele nicht mehr leisten.

Es hat sich in den Monaten außerdem gezeigt, dass ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand produziert wird.

Berichte von Trägern, Kita-Mitarbeiter/innen und Elternvertretungen sprechen zu beiden Punkten eine deutliche Sprache.

Um Familien zu entlasten und Nichtanmeldungen zu verhindern und allen Kindern einen chancengleichen Zugang zur Bildungseinrichtung Kindergarten/Kindertagesstätte zu ermöglichen, ist es daher dringend erforderlich, das Essengeld sofort zu streichen.

Birgit Meier
stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Marianne Schöberle
Ratsfrau

Hannover / 02.10.2006

CDU-Fraktion

(Antrag Nr. 2086/2006)

Eingereicht am 25.10.2006 um 12:30 Uhr.

Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

---

Änderungsantrag zu Drucks. Nr. 1804/2006, Streichung des Essengeldes, Antrag von Ratsfrau Schöberle

Antrag,
es wird empfohlen zu beschließen:

Der Rat hebt seinen Beschluss, ein Essengeld für Kinderbetreuungseinrichtungen in Höhe von 30 Euro/Monat einzuführen, rückwirkend zum 01.08.2006 auf. Die "Härtefallregelung" wird ebenfalls aufgehoben.

Begründung
Die CDU-Ratsfraktion hat stets vor den Folgen der Einführung eines Essengeldes gewarnt. Heute, über ein Jahr nach der Erhebung des Essengeldes, sehen wir uns in unseren Befürchtungen bestätigt: zahlreiche Abmeldungen und ein unzumutbarer bürokratischer Aufwand zu Lasten der freien Träger sind die Folge. Die CDU-Ratsfraktion lehnt deshalb die Erhebung eines Essengeldes weiterhin ab und tritt für eine rückwirkende Aufhebung des Beschlusses ein.
Die "Härtefallregelung" hat ihre Wirkung verfehlt und insbesondere bei freien Trägern und Elterngruppen zu erheblichem Arbeitsaufwand geführt.

Rainer Lensing
(Vorsitzender)

Hannover / 25.10.2006

Antrag

(Antrag Nr. 2000/2006)

Eingereicht am 29.09.2006 um 12:08 Uhr.

Antrag der BSG-Fraktion und Ratsfrau Schöberle zur Stiftungsprofessur an der FH Hannover für den Bachelorstudiengang Elementarpädagogik (Studium für Erzieherinnen)

Antrag,

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung nimmt Gespräche mit der FH Hannover mit dem Ziel auf, den im Zuge der Eingliederung der Evangelischen Fachhochschule Hannover (EFH) in die Fachhochschule Hannover (FHH) eingesparten Bachelorstudiengang Elementarpägogik zu sichern.

Hierzu sind die Möglichkeiten einer Stiftungsprofessur, wie die Stadt Hannover sie bereits für einen technischen Studiengang an der Hochschule Hannover übernommen hat, abzuklären.

Dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat sind kurzfristig Ergebnisse der Gespräche und entstehende Kosten mitzuteilen.

Begründung:

In der Fachöffentlichkeit wird ein Studium für Erzieher/innen als Weiterqualifizierung dringend für erforderlich gehalten.

Hannover mit seinen gut 19.000 Kindertagesstättenplätzen hat den größten Bedarf an qualifizierten Fachkräften für diesen Bereich.

Es würde der Landeshauptstadt gut anstehen, ihre Vorreiterrolle mit der Weiterführung des Angebotes eines Bachelorstudienganges zu halten und eventuell auch auszubauen.

.

Birgit Meier

stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Marianne Schöberle

Ratsfrau

Hannover / 02.10.2006

Antrag
(Antrag Nr. 2116/2006)

Eingereicht am 30.10.2006 um 15:00 Uhr.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks. Nr. 2000/2006, Bachelorstudiengang Elementarpädagogik an der Fachhochschule Hannover

Antrag,
Der Rat möge die Drucksache 2000/2006 mit folgenden Maßgaben beschließen:

1. Absatz 2 des Antragstextes wird ersetzt durch:

   „Die Verwaltung prüft in diesem Zusammenhang inwieweit die Stadt eine evtl durch einen Dritten finanzierte Stiftungsprofessur durch Schaffung besonderer Rahmenbedingungen unterstützen kann."

2. In Absatz 3 wird eingefügt vor „entstehenden Kosten":

   „die eventuell daraus"

Begründung
Die FDP-Ratsfraktion hält es für richtig und wichtig, den Bildungsauftrag in Tageseinrichtungen zu intensivieren. Dies hat zwangsläufig zur Folge, dass die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher den neuen Anforderungen angepasst werden muss.

Hierzu gehört es auch, dass den Erzieherinnen und Erziehern vor Ort die Möglichkeit der entsprechenden Weiterbildung und -qualifizierung ermöglicht wird.

Die Stadt sollte aus ureigenem Interesse versuchen, zusammen mit der Fachhochschule und gemeinsamen dritten Partnern den Studiengang Elementarpädagogik in Hannover zu erhalten.

Erich Ziemert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Hannover / 30.10.2006

Landeshauptstadt Hannover

Informations-drucksache

An den Stadtbezirksrat Mitte (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Linden-Limmer (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Herrenhausen-Stöcken (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Nord (zur Kenntnis)
In den Jugendhilfeausschuss
In den Schulausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1749/2006

Anzahl der Anlagen 3

Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Bedarf an Schulkinderbetreuung

Elternbefragung 2006

Mit Drucksache Nr. 1374/2005 wurde am 07.07.2005 vom Verwaltungsausschuss ergänzend zur Drucksache Nr. 0839/2005 beschlossen, dass für das Jahr 2006 zusätzliche Betreuungsangebote für Schulkinder geschaffen werden sollen, um dem bestehenden Betreuungsbedarf maßgeblich zu entsprechen.
In diesem Zusammenhang wurde die Verwaltung beauftragt, die Betreuungsbedarfe durch eine Elternbefragung im Jahr 2006 zu aktualisieren.

Eine solche Elternbefragung wurde darauf hin im ersten Halbjahr 06 durchgeführt und entsprechend ausgewertet.

Unter Federführung des Fachbereiches 42 wurden erstmalig alle Eltern und Erziehungsberechtigte, deren Kinder zum 01.08. 2006 eingeschult werden, befragt, um die Betreuungsbedarfe für diese Kinder vor und nach der Unterrichtszeit in der Grundschule zu ermitteln.

Die Erhebung wurde anonym durchgeführt. Da die Schulkinderbetreuung möglichst nah an der Grundschule sein soll, fand allein eine Auswertung nach Grundschulen statt. Die Umfrageergebnisse wurden nur auf dieser räumlichen Bezugsebene zusammengefasst.

Die Eltern und Erziehungsberechtigten aus dem Einzugsbereich zweier Grundschulen haben keine Fragebogen erhalten. Bedingt durch den Tarifstreik des öffentlichen Dienstes war der Postverkehr lange blockiert und der vorgegebene Rückgabetermin bereits überschritten. Die Schulen haben aus diesem Grund auf das Versenden der Unterlagen verzichtet.

Es wurden insgesamt ca. 4.200 Fragebogen an die Grundschulen zur Weiterverteilung versandt, davon sind 1.437 Fragebogen ausgefüllt zurück geschickt worden.
Das entspricht einer Beteiligung von etwas mehr als 34 Prozent.

In der beigefügten Anlage 1 sind die Fragen detailliert aufgeführt und die Ergebnisse dazu entsprechend zahlenmäßig gesamt und einzeln nach Stadtbezirken dargestellt.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

Von den insgesamt 1.437 Rückmeldungen sprechen sich rd. 61 % für eine kostenpflichtige Betreuung im Anschluss an den Unterricht mit Mittagessen aus, wobei sich die überwiegende Anzahl der Eltern und Erziehungsberechtigten eine tägliche Betreuungszeit bis 15 Uhr bzw. maximal 17 Uhr wünscht.
Auch für eine entsprechende kostenpflichtige Betreuung in den Ferien sprechen sich rd. 53 Prozent aus.

Dagegen wird eine Betreuung vor dem Unterricht von rd. 78 Prozent der Beteiligten nicht für erforderlich gehalten.

Der Wunsch nach speziellen Betreuungsangeboten ist unterschiedlich ausgeprägt. So sind als Schwerpunkte beispielsweise das Förderangebot Hausaufgabenhilfe mit 68 Prozent, sportliche Aktivitäten mit 78 Prozent und kreative Beschäftigung mit 77 Prozent zu nennen.

Bedarf an Betreuungsplätzen für Schulkinder

Aus den Ergebnissen der Elternbefragung werden im Folgenden in der Anlage 2 die

Betreuungsbedarfe für Schulkinder in der Grundschule abgeleitet. Die Bedarfsfeststellung erfolgt nach Stadtbezirken.

Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei den geäußerten Wünschen um die absoluten Bedarfe der Eltern handelt. Das heißt, es wird angenommen, dass Eltern, die nicht geantwortet haben, keinen Bedarf an kostenpflichtiger Betreuung haben. Die Betreuungsstunde im Anschluss an den Unterricht wird kostenfrei angeboten und trägt ebenfalls zur Bedarfsdeckung bei.
Weiterhin konnten einige der abgegebenen Fragebögen keiner Schule zugeordnet werden. Um diese Bedarfe dennoch zu berücksichtigen, wurden sie anteilig nach den Quoten auf die Stadtbezirke umgelegt.
Zwei Schulen haben keine Befragung durchgeführt. Diese wurden anhand ihrer Schülerzahlen sowie der durchschnittlichen Bedarfe im Stadtbezirk ebenfalls in die Auswertung mit einbezogen.
Im Ergebnis sind somit stadtweit alle benannten Betreuungsbedarfe einbezogen worden.

Damit ergibt sich ein rechnerischer Bedarf an Betreuungsplätzen von stadtweit 21,35 %. Ausgehend von der derzeitigen Bevölkerungszahl und dem Platzbestand von 2004 würde sich danach stadtweit ein Überhang von 244 Plätzen ergeben.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass das Betreuungsangebot an Hortplätzen stadtweit als auskömmlich anzusehen ist. Die vorhandenen Schwankungen bei den Stadtbezirken liegen an den nicht genauer differenzierten Rücklaufquoten sowie den Angaben ohne Stadtbezirkszuordnung und den zwei fehlenden Schulen.

Bei der Planung werden immer die örtlichen Gegebenheiten an den Grundschulstandorten gemeinsam mit den Trägern von Betreuungseinrichtungen genau analysiert, um bedarfsgerechte Angebote für Kinder und Eltern vorzuhalten.

Ein weiteres Stufenprogramm über die Maßnahmen aus der Drucksache Nr. 1149/2004 hinaus, die Ergebnisse sind in der Anlage 3 beigefügt, ist nicht erforderlich. Punktuelle Veränderungen werden weiterhin erfolgen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Genderspezifische Aspekte sind nicht betroffen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

42.54/ 51.41
Hannover / 30.08.2006

Ergebnisse der Elternbefragung zu den Bedarfen an Schulkinderbetreuung

Fragen	Ergebnis	Gesamt		davon in den einzelnen Stadtbezirken													
		Anzahl	Prozent	**01-**Mitte	**02-** Vahrenwald/List	**03-**Bothfeld/Vahren-heide	**04-** Buchholz/Kleefeld	**05-**Misburg/Anderten	**06-**Kirchrode/Beme-rode/Wülferode-	**07-**Südstadt/Bult	**08-**Döhren/Wülfel	**09-**Ricklingen	**10-**Linden/Limmer	**11-** Ahlem/Badenstedt/ Davenstedt	**12-**Herrenhausen/ Stöcken	**13-**Nord	Stadtbezirk unbekannt
Möchten Sie für Ihr Kind im Anschluss an den Unterricht der Grundschule eine kostenpflichtige Betreuung mit Mittagessen in Anspruch nehmen?	**Nein**	**541**	**38**	**14**	**41**	**65**	**28**	**27**	**43**	**81**	**23**	**42**	**26**	**36**	**46**	**30**	**98**
	Ja	**874**	**61**	**23**	**91**	**78**	**58**	**36**	**52**	**81**	**54**	**50**	**71**	**46**	**60**	**56**	**118**
	davon																
	bis 15:00 Uhr	298	21	5	26	29	23	23	21	37	13	12	9	20	19	17	
	bis 16:00 Uhr	319	22	13	37	26	22	8	21	25	18	22	33	13	21	23	
	bis 17:00 Uhr	211	15	4	25	17	8	5	9	14	18	13	25	11	16	11	
	bis 18:00 Uhr	46	3	1	3	6	5	-	1	5	5	3	4	2	4	5	
	Keine Angabe/sonstige	22	1	2	1	-	-	-	-	1	2	1	3	1	1	-	22
	Insgesamt	1.437	100														

Möchten Sie für Ihr Kind in den Ferien eine kostenpflichtige Betreuung mit Mittagessen in Anspruch nehmen?	**Nein**	**651**	**45**	**17**	**46**	**68**	**34**	**33**	**54**	**35**	**30**	**51**	**35**	**43**	**58**	**36**	**111**
	Ja	**751**	**53**	**19**	**84**	**72**	**50**	**31**	**41**	**67**	**47**	**42**	**61**	**37**	**47**	**50**	**103**
	davon																
	bis 15:00 Uhr	296	21	5	28	34	22	20	20	33	14	14	11	17	18	20	
	bis 16:00 Uhr	248	17	11	33	18	16	7	15	19	11	15	26	12	16	18	
	bis 17:00 Uhr	168	12	2	21	14	8	4	6	10	16	11	21	7	10	8	
	bis 18:00 Uhr	39	3	1	2	6	4	-	-	5	6	2	3	1	3	4	
	Keine Angabe / sonstige	35	2	1	1	1	-	-	-	1	1	-	1	2	-	-	35
	Insgesamt	1.437	100														

Fragen	Ergebnis	Gesamt		davon in den einzelnen Stadtbezirken													
		Anzahl	Prozent	**01-**Mitte	**02-** Vahrenwald/List	**03-**Bothfeld/Vahrenheide	**04-** Buchholz/Kleefeld	**05-**Misburg/Anderten	**06-**Kirchrode/Bemerode/Wülferode-	**07-**Südstadt/Bult	**08-**Döhren/Wülfel	**09-**Ricklingen	**10-**Linden/Limmer	**11-** Ahlem/Badenstedt/Davenstedt	**12-**Herrenhausen/Stöcken	**13-**Nord	Stadtbezirk unbekannt
Benötigen Sie bereits vor dem Unterricht eine Betreuung für Ihr Kind?	**Nein**	**1.122**	**78**	**33**	**103**	**112**	**47**	**52**	**82**	**86**	**57**	**76**	**81**	**64**	**79**	**69**	**181**
	Ja	**226**	**16**	**2**	**24**	**21**	**20**	**11**	**11**	**15**	**19**	**14**	**14**	**16**	**23**	**11**	**25**
	davon		* alle=2														
	ab 6:00 Uhr	2	*	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	
	ab 6:30 Uhr	7	*	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	2	1	-	
	ab 6:45 Uhr	1	*	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	
	ab 7:00 Uhr	98	7	1	11	10	4	2	4	7	8	7	9	8	12	7	
	ab 7:15 Uhr	6	*	-	-	-	-	1	-	1	-	1	-	-	-	-	
	ab 7:30 Uhr	104	7	1	11	6	15	6	7	6	9	6	4	6	10	4	
	ab 7:45 Uhr	8	*	-	2	3	1	-	-	1	-	-	1	-	-	-	
	Keine Angabe /sonstige	89	6	2	5	4	18	1	-	1	2	3	3	-	3	4	89
	Insgesamt	1.437	100														

Was finden Sie an der Betreuung Ihres Kindes wichtig?																	
Förderangebote und zwar	**ja**	**398**	**28**	**12**	**38**	**35**	**26**	**13**	**20**	**18**	**30**	**38**	**22**	**25**	**32**	**22**	67
○ *Sprachförderung*	Keine Angabe	1.039	72	28	95	108	61	51	75	86	50	57	78	58	75	64	153
	Insgesamt	1.437	100														
○ *Hausaufgabenhilfe*	**ja**	**975**	**68**	**27**	**98**	**89**	**69**	**40**	**61**	**75**	**55**	**57**	**65**	**53**	**78**	**61**	147
	Keine Angabe	462	32	13	35	54	18	24	34	29	25	38	35	30	29	25	73
	Insgesamt	1.437	100														

Fragen	Ergebnis	Gesamt		davon in den einzelnen Stadtbezirken													
		Anzahl	Prozent	**01-**Mitte	**02-** Vahrenwald/List	**03-**Bothfeld/Vahrenheide	**04-** Buchholz/Kleefeld	**05-**Misburg/Anderten	**06-**Kirchrode/Bemerode/Wülferode-	**07-**Südstadt/Bult	**08-**Döhren/Wülfel	**09-**Ricklingen	**10-**Linden/Limmer	**11-** Ahlem/Badenstedt/Davenstedt	**12-**Herrenhausen/Stöcken	**13-**Nord	Stadtbezirk unbekannt
Sportliche Aktivitäten (Schwimmen, Ballspiele	**ja**	**1.122**	**78**	**33**	**117**	**102**	**68**	**49**	**73**	**86**	**63**	**76**	**82**	**67**	**78**	**63**	165
	Keine Angabe	315	22	7	16	41	19	15	22	18	17	19	18	16	29	23	55
	Insgesamt	1.437	100														
Kreative Beschäftigung (Basteln, Malen, Musizieren)	**ja**	**1.112**	**77**	**33**	**107**	**103**	**74**	**50**	**77**	**85**	**66**	**69**	**84**	**63**	**75**	**65**	161
	Keine Angabe	325	23	7	26	40	13	14	18	19	14	26	16	20	32	21	59
	Insgesamt	1.437	100														
Projektarbeit zu besonderen Themen (Ernährung, Technik)	**ja**	**753**	**52**	**24**	**79**	**63**	**54**	**31**	**50**	**55**	**40**	**47**	**60**	**49**	**41**	**47**	113
	Keine Angabe	684	48	16	54	80	33	33	45	49	40	48	40	34	66	39	107
	Insgesamt	1.437	100														
Familienangebote von Eltern und ErzieherInnen für Kinder	**ja**	**255**	**18**	**6**	**20**	**18**	**16**	**7**	**21**	**17**	**14**	**21**	**21**	**9**	**19**	**22**	44
	Keine Angabe	1.182	82	34	113	125	71	57	74	87	66	74	79	74	88	64	176
	Insgesamt	1.437	100														
Beratungsgespräche (z.B. Gesundheit der Kinder…)	**ja**	**260**	**18**	**11**	**29**	**17**	**15**	**11**	**21**	**13**	**13**	**20**	**23**	**13**	**21**	**17**	36
	Keine Angabe	1.177	82	29	104	126	72	53	74	91	67	75	77	70	86	69	184
	Insgesamt	1.437	100														
Vermittlung von Hilfsangeboten (z.B. Erziehungsfragen…)	**ja**	**237**	**16**	**10**	**27**	**21**	**15**	**7**	**17**	**8**	**15**	**18**	**20**	**11**	**20**	**17**	31
	Keine Angabe	1.200	84	30	106	122	72	57	78	96	65	77	80	72	87	69	189
	Insgesamt	1.437	100														

Fragen	Ergebnis	Gesamt		davon in den einzelnen Stadtbezirken													
		Anzahl	Prozent	**01-**Mitte	**02-** Vahrenwald/List	**03-**Bothfeld/Vahrenheide	**04-** Buchholz/Kleefeld	**05-**Misburg/Anderten	**06-**Kirchrode/Bemerode/Wülferode-	**07-**Südstadt/Bult	**08-**Döhren/Wülfel	**09-**Ricklingen	**10-**Linden/Limmer	**11-** Ahlem/Badenstedt/Davenstedt	**12-**Herrenhausen/Stöcken	**13-**Nord	Stadtbezirk unbekannt
Sonstiges	**ja**	**129**	**9**	**6**	**12**	**9**	**9**	**5**	**4**	**14**	**5**	**7**	**17**	**6**	**10**	**8**	17
	Keine Angabe	1.308	91	34	121	134	78	59	91	90	75	88	83	77	97	78	203
	Insgesamt	1.437	100														

Fachbereich Jugend und Familie
OE 51.41

Anlage 2 zur Informationsdrucksache Nr. /2006

Ermittlung der Betreuungsbedarfe nach Stadtbezirken

Stadtbezirk	Hortbedarf					
	Zahl der Kinder 30.06.2006	Bedarfs-quote	Platz-bedarf	Platz-bestand *	Fehl-bestand	Versorgungs-quote
01 Mitte	743	14,27	106	171	65	23,01
02 Vahrenwald/ List	1987	21,19	421	429	8	21,59
03 Bothfeld/ Vahrenheide	1999	18,06	361	488	127	24,41
04 Buchholz/ Kleefeld	1490	17,99	268	333	65	22,35
05 Misburg/ Anderten	1117	14,86	166	126	-40	11,28
06 Kirchrode/ Bemerode/ Wülferode	1376	25,07	345	237	-108	17,22
07 Südstadt/ Bult	995	37,69	375	264	-111	26,53
08 Döhren/ Wülfel	1049	23,83	250	237	-13	22,59
09 Ricklingen	1518	19,43	295	390	95	25,69
10 Linden/ Limmer	1443	22,73	328	530	202	36,73
11 Ahlem/ Badenstedt/ Davenstedt	1180	18,05	213	192	-21	16,27
12 Herrenhausen/ Stöcken	1243	22,28	277	196	-81	15,77
13 Nord	1023	25,32	259	315	56	30,79
Insgesamt	17163	21,35	3664	3908	244	22,77

* Basis 01.11.2004; Veränderungen im Hortbereich in den Jahren 2005/2006 wurden eingearbeitet, lediglich die Angaben zu den altersübergreifenden Gruppen (AüG) sind aus 2004

Fachbereich Jugend und Familie
OE 51.41

Anlage 3 zur Informationsdrucksache Nr. /2006

Gesamtmaßnahmen im Bereich der Schulkinderbetreuung - OE 51

Stadtbez. Prog.bez/Stadtteil	Schule/ Förderverein	Plätze	2004 - 2006		
			Förderung	Kosten in €	
1.2 Oststadt/Zoo	**Elterninitiative Schülerbetreuung e.V.**	12	Hort	**44.000,00**	
2.1 Vahrenwald	**GS Alemannstraße**	20	Hort	**84.300,00**	
2.1 Vahrenwald	**"Kinderwelten" im FZH Vahrenwald**	20	INNO	**33.800,00**	
2.2 List	**GS Mengendamm**	60	Hort	**139.400,00**	
3.1 Bothfeld	**Verein "Grimsehlbär"**	20	Hort	**57.000,00**	
4.2 Roderbruch	**Rotekreuzstr.**	10	Hort (vorher HtoE)	**15.000,00**	
6.2 Bemerode	**Kita "Twipsy"**	10	Hort	**43.000,00**	
7.0 Südstadt/Bult	**DRK Bonner Str.**	8	Hort	**14.000,00**	
7.0 Südstadt/Bult	**DRK Kestner Str. (2004)**	10	Hort	**16.000,00**	
7.0 Südstadt/Bult	**DRK Kestner Str. (2006)**	10	Hort	**40.000,00**	
7.0 Südstadt/Bult	**Spatzennest**	8	Hort	**3.000,00**	
8.1 Döhren/Wülfel	**Kinderclub St. Petri**	10	Club	**12.000,00**	
9.1 Mühlenberg	**Kita Maximilian-Kolbe, Leuschnerstr.**	20	Hort	**84.300,00**	
10.1 Linden-Nord	**GS Albert-Schweitzer-Schule**	20	Hort	**67.000,00**	
10.1 Linden-Nord	**GS Salzmannstraße "Salz u. Pfeffer"**	20	Inno	**33.800,00**	
10.2 Linden-Mitte	**AWO-Kita - Kirchstr.**	3	Umbau	**35.000,00**	einmalig
10.2 Linden-Mitte	**Wittekids**	3	Hort	**8.400,00**	
11.2 Badenstedt-Davenstedt	**Davenstedter Markt**	12	Hort	**73.500,00**	
12.1 Herrenhausen/Stöcken	**"Leckerhaus Stöcken"**	25	Modell	**20.000,00**	
13.1 Vinnhorst	**Fischteichweg**	10	Hort	**35.100,00**	
13.3 Nordstadt	**GS Auf dem Loh**	20	Hort	**69.500,00**	
		331		**893.100,00 €**	

zur Verfügung stehende Haushaltsmittel DS 1149/2004	900.000,00
Offene Mittel	6.900,00 €

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Sozialausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 2001/2006

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Armut in der Landeshauptstadt Hannover - Entwicklung neuer Arumutsindikatoren nach der HARTZ IV Reform

Im Rahmen der Sozialberichterstattung informiert die Verwaltung regelmäßig über die soziale Situation der Bevölkerung in Hannover (*siehe Sozialbericht 2002 sowie jährliche Fortschreibung der Sozialdaten im intranet: Dezernat III / Koordinationsstelle Sozialplanung*)

Bis zum 31.12.2004 wurden die Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG zur Beschreibung der Armutssituation herangezogen. Mit der Hartz IV Reform steht dieser Indikator zur Darstellung von Armut nicht mehr zur Verfügung.

Mit dieser Drucksache stellt die Verwaltung einen neu gebildeten Armutsindikator vor, der sich zusammensetzt aus den Personen mit Leistungen nach SGB II (ALG II und Sozialgeld), den Personen mit Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und den Personen mit Grundsicherung nach SGB XII.

Es werden zielgruppenspezifische Aussagen für die Stadt Hannover insgesamt und die Stadtteile im Einzelnen dargestellt. Die von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellten Daten aus dem SGB II können nicht in der gewohnten Weise differenziert werden. So können bestimmte Merkmale nicht wie zuvor miteinander kombiniert werden, beispielsweise lassen sich Migranten nicht mehr nach Altersgruppen oder Geschlecht darstellen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Armut von Frauen ist soweit das Datenmaterial dies ermöglicht, dargestellt.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Dez. III
Hannover / 27.09.2006

Jugend- und Sozialdezernat **27.09.2006**
Koordinationsstelle Sozialplanung

Armut in der Landeshauptstadt Hannover 2005 – Entwicklung neuer Armutsindikatoren nach der Hartz IV Reform

Armut hat viele Gesichter: Für die Sozialpolitik in der Stadt Hannover ist es wichtig, differenzierte Informationen über die Formen und das Ausmaß von Armut zu haben und deren Auswirkungen zu kennen. Messbar und darstellbar ist vor allem Einkommensarmut. Laut EU-Definition ist arm, wer weniger als 60 % des durchschnittlichen gewichteten Nettoeinkommens (613 €) zur Verfügung hat. Wenn man diese Armutsdefinition in Hannover anwenden würde, ließe sich eine Armutsquote von 19,4 % errechnen. Diese Definition lässt sich nicht kleinräumig anwenden, so dass damit keine Aussage über die Verteilung von sozialen Ungleichheiten und Armut in der Stadt getroffen werden kann.

Als Hilfsindikator zur Beschreibung von Armut wurde bis zum 31.12.2004 die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach dem BSHG herangezogen. Mit Umsetzung der Hartz IV Reform und dem Inkrafttreten der Sozialgesetzbücher II, III und XII am 01.01.2005 ist die Hilfe zum Lebensunterhalt - nun nach SGB XII – allein kein geeigneter Indikator zur Beschreibung von Einkommensarmut mehr. Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe unter dem Dach des SGB II erhält die Mehrzahl der ehemaligen HLU-Empfängerinnen und -empfänger nach BSHG nun Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II.

Für Sozialberichterstattung und Sozialplanung muss aus diesem Grund ein neuer Hilfsindikator definiert werden. Hierzu ist es erforderlich, Daten heranzuziehen, die kleinräumig ausgewertet werden können und die eine zielgruppenorientierte Betrachtung zulassen.

Im Folgenden vorgestellt, welche Teilindikatoren gemeinsam betrachtet werden müssen, um Einkommensarmut differenziert zu beschreiben, und wie sich auf dieser Basis Einkommensarmut in der Stadt Hannover darstellt.

1. Indikator für Einkommensarmut in Hannover

Personen, die Transferleistungen erhalten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, bekommen diese auf Grundlage verschiedener gesetzlicher Grundlagen. Grob vereinfacht, erhalten Erwerbsfähige und ihre Angehörigen **Leistungen nach dem SGB II** (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld). Personen, die aufgrund von Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit nicht erwerbsfähig sind, erhalten **Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII** und Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder das 18. Lebensjahr vollendet haben und dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, erhalten **Grundsicherung nach SGB XII**. Genannte Daten liegen mit Stand 31.12.2005 vor.

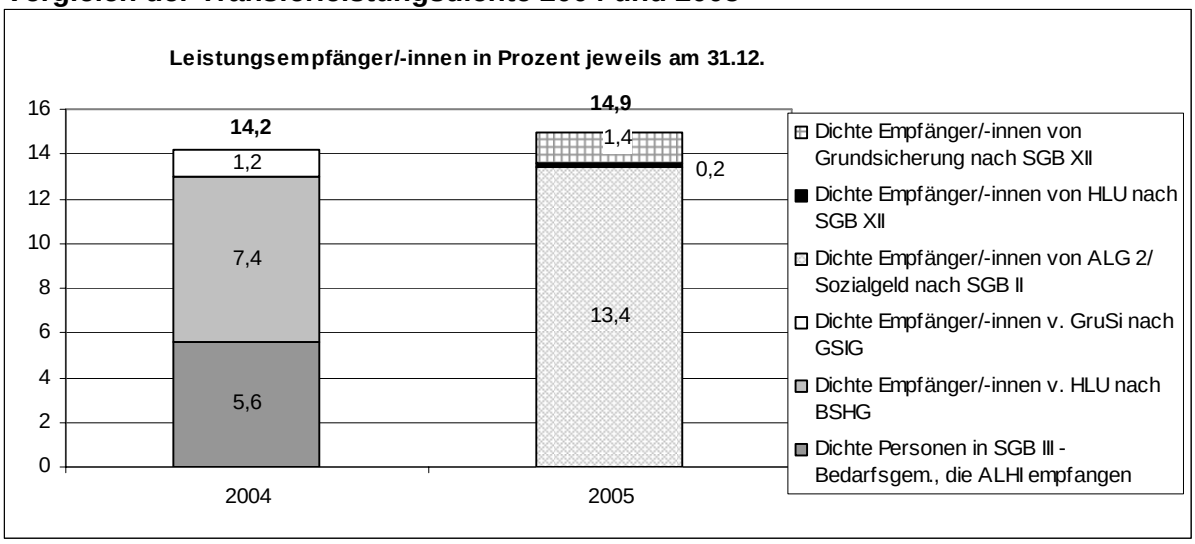
Für die Stadt Hannover lässt sich Armut somit wie folgt beschreiben:

	Personen mit Leistungen nach SGB II	67.800
+	Personen mit lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII	966
+	Personen mit Grundsicherung nach SGB XII	6.796
=	**Empfänger/-innen von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts**	**75.562**
	In % an der Gesamtbevölkerung	**14,9**

Vor der Hartz IV Reform galten gemessen an der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach BSHG 38.272 Personen (7,5 %) als arm. Der zahlen- und anteilsmäßige Anstieg der Armutsbevölkerung in Hannover mit der Hartz IV Reform ist zunächst auf veränderte statistische Grundlagen und Darstellungsmöglichkeiten zurück zu führen. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden Personen in die Darstellung aufgenommen, die zuvor nicht abgebildet werden konnten. Auch ist es inzwischen möglich, die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung auszuweisen. Inwieweit Armut tatsächlich zu- oder abgenommen hat, lässt sich aus einem Datenvergleich 31.12.2004 und 31.12.2005 nicht direkt ableiten.

Im Rahmen des Benchmarkings der 16 großen Großstädte Deutschlands zu kommunalen SGB II-Leistungen hat con_sens einen Vergleich der Tranferleistungsdichte in den Jahren 2004 und 2005 durchgeführt. Demnach hat die Transferleistungsdichte in Hannover leicht von 14,2 % in 2004[1] auf 14,9 % in 2005 zugenommen. Diese Zunahme entspricht der durchschnittlichen Entwicklung der anderen Großstädte in Deutschland.

Vergleich der Transferleistungsdichte 2004 und 2005



Quelle: con_sens, Benchmarking der 16 großen Großstädte Deutschlands 2005

Wenn trotz dieser minimalen statistischen Veränderungen in der (Fach)Öffentlichkeit häufig von einer Zunahme der Armut berichtet wird, ist dieses vor allem dadurch begründet, dass ein Teil der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II - Leistungen nun faktisch weniger Geld zur Verfügung hat. Diese Situation ergibt sich, weil Familieneinkommen bei der Berechnung des Anspruches stärker angerechnet werden und weil sich die Leistungen nicht

[1] Rückwirkende Berechnung unter Einbeziehung der Hilfe zum Lebensunterhalt, Arbeitslosenhilfe und Grundsicherung

mehr am früher erzielten Arbeitseinkommen orientieren. Dem gegenüber gibt es aber auch andere Personengruppen, die durch die Hartz IV Reform besser gestellt wurden. Es handelt sich hierbei um Personen, deren Arbeitslosenhilfe unter Sozialhilfeniveau lag und die keine ergänzende Sozialhilfe in Anspruch genommen haben. In diesem Zusammenhang hat Hartz IV zu einer Reduzierung der verdeckten Armut beigetragen.

Kleinräumige Differenzierung

Einkommensarmut in der Stadt Hannover verteilt sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet. Die höchsten Anteile derer, die von Einkommensarmut betroffen sind, leben in den Stadtteilen Mühlenberg (31,6 %), Vahrenheide (31,2%), Linden-Süd (29,8 %), Hainholz (27,9 %), Sahlkamp (23,8 %), Mittelfeld (23,5 %) Bornum (22,4 %), Herrenhausen (20,1 %), Wülfel (19,7 %%) und Stöcken (19,2 %) (vgl. Karte im Anhang). Die stadtteilbezogenen Werte können den Tabellen im Anhang entnommen werden.

Zieht man an dieser Stelle den Vergleich zur räumlichen Verteilung von Einkommensarmut in Hannover vor der Hartz IV Reform, ist festzustellen, dass es praktisch keine signifikanten räumlichen Verschiebungen gegeben hat.

Vergleich der zehn am höchsten belasteten Stadtteile 2004 und 2005

31.12.2004 Hilfe zum Lebensunterhalt (BSHG)	**31.12.2005** Empfänger/-innen von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II und SGB XII)
1. Mühlenberg	1. Mühlenberg
2. Linden-Süd	2. Vahrenheide
3. Vahrenheide	3. Linden-Süd
4. Sahlkamp	4. Hainholz
5. Hainholz	5. Sahlkamp
6. Mittelfeld	6. Mittelfeld
7. Wülfel	7. Bornum
8. Bornum	8. Herrenhausen
9.Bemerode	9. Wülfel
10. Herrenhausen	10. Stöcken

2. Indikatoren für Einkommensarmut verschiedener Zielgruppen

Bei der Beschreibung von Einkommensarmut einzelner Zielgruppen müssen Teilindikatoren unterschiedlich zusammengesetzt verwendet werden. Diese Situation ergibt sich, weil die Daten aus dem SGB II nicht in der gewünschten Weise differenziert werden können.

Indikatoren für Einkommensarmut werden im Weiteren für folgende Zielgruppen gebildet:

- Kinder und Jugendliche
- Senioren
- Nichtdeutsche
- Familien
- Allein Erziehende
- Frauen

2.1 Einkommensarmut von Kindern und Jugendlichen

Einkommensarmut von Kindern und Jugendlichen lässt sich über die Statistik des SGB II und die Daten aus der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII ermitteln. Es liegen keine Informationen zur Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen vor. Für die Stadt Hannover ergibt sich folgendes Bild von Einkommensarmut für Kinder und Jugendliche am 31.12.2005:

	Kinder in Bedarfsgemeinschaften SGB II	17.903
+	Kinder (0-17) mit HLU nach SGB XII	178
=	**Empfänger/-innen von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts 0 - 17 Jahre**	**18.081**
	In % an der Bevölkerung 0-17 Jahre	**23,2**

Bezogen auf die in den Stadtteilen lebenden Kinder und Jugendlichen ergeben sich die höchsten Anteile an Kindern mit Einkommensarmut in Mühlenberg (44,2 %), Linden-Süd (42,8 %), Vahrenheide (38,5 %), Hainholz (35,6 %), Linden-Nord (33,9 %), Marienwerder (33,1 %), Bornum (32,4 %), Mittelfeld (31,4 %), Nordstadt (31,3 %) und Wülfel (31,2 %).

2.2 Einkommensarmut älterer Menschen

Zur Beschreibung von Einkommensarmut älterer Menschen müssen Daten der Grundsicherung (SGB XII), der Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII) und dem SGB II herangezogen werden.

Der Kommunale Seniorenservice Hannover (KSH) definiert als seine Zielgruppe Menschen ab 60 Jahren. Diese Zielgruppendefinition soll auch zur Beschreibung der Armutssituation älterer Menschen gelten, allerdings liegen Daten zu Leistungsempfängerinnen und –empfänger nach SGB II im Alter von 60 bis 64 Jahren zurzeit nicht vor. Aus diesem Grund kann Einkommensarmut für Senioren zurzeit nur bezogen auf die Bevölkerungsgruppe 65 Jahre und älter beschrieben werden. Für die Stadt Hannover ergibt sich somit folgendes Bild von Einkommensarmut für ältere Menschen am 31.12.2005:

	Grundsicherung nach SGB XII für Personen 65 Jahre und älter	4.797
=	**Empfänger/-innen von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts 65 Jahre und älter**	**4.797**
	In % an der Bevölkerung 65 Jahre und älter	**4,8**

Differenziert nach Stadtteilen verteilt sich die Einkommensarmut älterer Menschen in Hannover wie folgt: Hainholz (14,8 %), Vahrenheide (12,2 %), Mühlenberg (11,1 %), Linden-Süd (10 %), Herrenhausen (9,9 %), Burg (9,6 %), Sahlkamp (8,9 %), Stöcken (8,8 %), Linden-Nord (7,8 %) und Mittelfeld (7,8 %).

2.3 Einkommensarmut von Nichtdeutschen

Zur Beschreibung der Einkommensarmut von Nichtdeutschen müssen vier Teilindikatoren aus dem SGB II und dem SGB XII herangezogen werden. Zurzeit ist es nicht möglich, Informationen zu den nichtdeutschen Sozialgeldempfängerinnen und – empfänger zu erhalten. Für die Stadt Hannover ergibt sich folgendes Bild von Einkommensarmut für Nichtdeutsche am 31.12.2005:

	Nichtdeutsche erwerbsfähige Hilfebedürftige (SGB II)	16.452
+	Nichtdeutsche HLU-Empfänger/innen (SGB XII)	157
+	Nichtdeutsche Grundsicherungsempfänger/innen (SGB XII)	2.716
=	**Nichtdeutsche Empfänger/-innen von Transferleistungen zur Einkommenssicherung**	**19.325**
	In % an der nichtdeutschen Bevölkerung	**25,5**

Differenziert nach Stadtteilen verteilt sich die Einkommensarmut Nichtdeutscher in Hannover wie folgt: Mühlenberg (42,9 %), Sahlkamp (40,7 %), Mittelfeld (36,9 %), Bemerode (35,5 %), Herrenhausen (34,7 %), Badenstedt (33,2 %), Vahrenheide (32,6 %), Davenstedt (31,7 %), Wülfel (31,7 %) und Oberricklingen (30,3 %)

2.4. Einkommensarmut von Familien

Einkommensarmut von Familien lässt sich durch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern nach dem SGB II, den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern mit HLU-Bezug (SGB XII) und Grundsicherung (SGB XII) beschreiben. Für die Stadt Hannover ergibt sich folgendes Bild von Einkommensarmut für Familien am 31.12.2005:

	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (SGB II)	10.661
+	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern mit HLU-Bezug (SGB XII)	121
+	Grundsicherung (SGB XII)	29
=	**Familien mit Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts**	**10.811**
	In % an allen Familienhaushalten	**22,8**

Differenziert nach Stadtteilen verteilt sich die Einkommensarmut von Familien in Hannover wie folgt: Mühlenberg (44,1 %), Linden-Süd (43,3 %), Vahrenheide (39,4 %), Hainholz (37,0 %), Sahlkamp (33,5 %), Linden-Nord (32,8 %), Mittelfeld (32,2 %), Herrenhausen (31,5 %), Bornum (31,3 %) und Wülfel (31,1 %).

2.5 Einkommensarmut von allein Erziehenden

Zur Beschreibung von Einkommensarmut von allein Erziehenden müssen Daten aus dem SGB II und dem SGB XII herangezogen werden. Zurzeit ist es nicht möglich, Informationen zu den allein erziehenden Sozialgeldempfängerinnen und –empfängern zu erhalten. Für die Stadt Hannover ergibt sich folgendes Bild von Einkommensarmut für allein Erziehende am 31.12.2005:

	Allein Erziehende erwerbsfähige Hilfebedürftige (SGB II)	3.947
+	Allein Erziehende in der HLU (SGB XII)	20
+	Allein Erziehende in der Grundsicherung (SGB XII)	26
=	**Allein erziehende Empfänger/innen von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts**	**3.993**
	In % an allen allein Erziehenden	**30,7**

Differenziert nach Stadtteilen verteilt sich die Einkommensarmut allein Erziehender in Hannover wie folgt: Mühlenberg (53,3 %), Hainholz (47,0 %), Mittelfeld (46,0 %), Herrenhausen

(45,1 %), Linden-Süd (43,0 %), Stöcken (43,0 %), Bornum (41,0 %), Ricklingen (40,4 %), Vahrenheide (39,3 %) und Marienwerder (39,2 %)

2.6 Einkommensarmut von Frauen

Die Daten aus dem SGB II liegen aggregiert vor, so dass es nicht möglich ist, die oben beschriebenen Indikatoren geschlechtsspezifisch auszuwerten. Das heißt, dass keiner der oben dargestellten Indikatoren nach Geschlecht differenziert werden kann (z.B. Frauen 65 Jahre und älter oder allein erziehende Frauen). Die Zahl der Empfängerinnen von Transferleistungen insgesamt und deren räumliche Verteilung können mit Hilfe von Teilindikatoren aus dem SGB II und dem SGB XII beschrieben werden. Es ist leider nicht möglich, Aussagen zu Sozialgeldempfängerinnen zu treffen. Für die Stadt Hannover ergibt sich folgendes Bild von Einkommensarmut von Frauen am 31.12.2005:

	Erwerbsfähige hilfebedürftige Frauen (SGB II)	23.749
+	Empfängerinnen von HLU (SGB XII)	475
+	Empfängerinnen von Grundsicherung (SGB XII)	3.825
=	**Empfänger/innen von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts**	**28.049**
	In % an allen Frauen	**10,6**

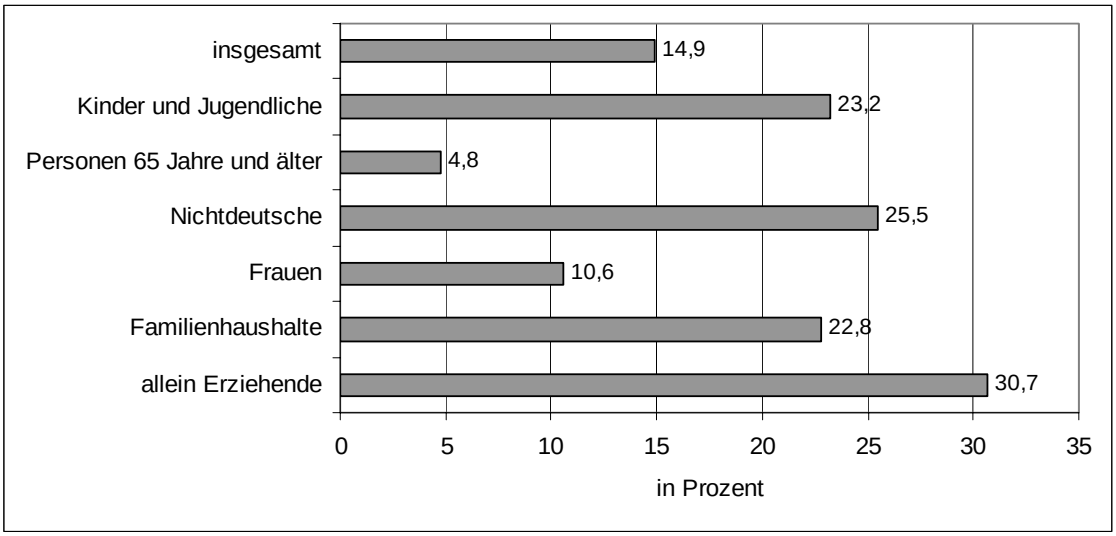
Differenziert nach Stadtteilen verteilt sich die Einkommensarmut von Frauen wie folgt: Vahrenheide (22,8 %), Mühlenberg (22,5 %), Hainholz (21,9 %), Linden-Süd (20,8 %), Mittelfeld (17,5 %), Sahlkamp (16,8 %), Bornum (15,9 %), Herrenhausen (15,8 %), Linden-Nord (15,1 %) und Stöcken (14,7 %)

2.7 Zusammenfassung der Armutssituation in Hannover

In Hannover zählen 14,9 % der Bewohnerinnen und Bewohner zur Armutsbevölkerung. Mit einem Wert von 23,2 % sind Kinder und Jugendliche besonders häufig von Armut betroffen. Überdurchschnittlich stark sind auch Nichtdeutsche mit 25,5 % in der Armutsbevölkerung vertreten. Personen 65 Jahre und älter sowie Frauen zählen anteilsmäßig nicht zu den besonders stark betroffenen Gruppen.

13,4 % aller Haushalte in Hannover erhalten Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Mit 22,8 % sind Familien hierbei überdurchschnittlich oft betroffen. Noch höher ist die Armut von allein Erziehenden mit 30,5 %.

Armutsquoten in der Stadt Hannover am 31.12.2005



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Landeshauptstadt Hannover- FB Soziales, eigene Berechnung

Armut konzentriert sich vor allem auf die Stadtteile Mühlenberg (31,6 %), Vahrenheide (31,2%), Linden-Süd (29,8 %), Hainholz (27,9 %), Sahlkamp (23,8 %), Mittelfeld (23,5 %) Bornum (22,4 %), Herrenhausen (20,1 %), Wülfel (19,7 %) und Stöcken (19,2 %). Unter diesen zehn am stärksten betroffenen Stadtteilen befinden sich fünf, die sich aufgrund der bekannten sozialen Problemlagen im Programm „Soziale Stadt“ befinden (Vahrenheide, Mittelfeld und Hainholz) beziehungsweise hierzu angemeldet wurden (Stöcken, Linden-Süd).

3. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Hannover

Die dargestellten Armutsindikatoren nehmen die materielle Armut ins Blickfeld. Daneben muss im Hinblick auf die sozialen Auswirkungen auch die so genannte „Teilhabearmut“ berücksichtigt werden, also die Möglichkeit des Einzelnen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und Zugang z.B. zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen zu haben.

Auf die Ausgestaltung der materiellen Lebenssituation der von Armut betroffenen Personen hat die Kommune praktisch keine Einflussmöglichkeiten, allerdings verfügt die Landeshauptstadt Hannover über ein umfassendes, differenziertes System zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Armutsauswirkungen. Als Beispiele seien hier hervorgehoben:

Der **Kommunale Sozialdienst** bietet ein Hilfenetz, dessen Schwerpunkt die Unterstützung von Familien mit Kindern und Jugendlichen ist. Die Arbeit ist darauf ausgerichtet, Auswirkungen der Armut aufzufangen und möglichst auszugleichen. Im Einzelnen bedeutet das, dass sowohl Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten und Mitwirkung bei der Vermeidung von Obdachlosigkeit sowie der Regelung von Mietschulden erfolgt. Familien erhalten über den Kommunalen Sozialdienst Informationen über familienentlastende Hilfen, in den Bereichen Freizeit, Hausaufgabenbegleitung und Kinderbetreuung sowie über entsprechende Angebote anderweitiger Dienststellen und Behörden. Mit Hilfe der Hilfen zur Erziehung erfolgt über den Kommunalen Sozialdienst eine Stabilisierung beeinträchtigter Familien bzw. allein Erziehenden sowie eine am Einzelfall orientierte Förderung und Hilfestellung für Kinder und Jugendliche.

Das System der **Kindertagesstätten** wirkt präventiv und unterstützend bei der Bekämpfung von Armut. Mit der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen leistet die Stadt Hannover einen Beitrag, um Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und damit ein Familieneinkommen jenseits von Transferleistungen zu erzielen. Darüber hinaus wird durch den sozialpädagogischen Bildungsauftrag der Kindertagesstätten Kindern die Möglichkeit sozialer Kontakte und des sozialen Lernens vermittelt. Auf diese Weise können Defizite im häuslichen familiären Bereich aufgegriffen werden, die individuellen Fähigkeiten entwickelt und gestärkt und damit Kräfte zur Bewältigung von Armutssituationen gestärkt werden. Durch eine besonders enge Verbindung der Kindertagesstätten zum Kommunalen Sozialdienst ist darüber hinaus gewährleistet, dass Familien in Armutssituationen konkrete Hilfe angeboten und vermittelt wird.

Die **Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit** leisten einen Beitrag, um Bedingungen für eine positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu gestalten. Offene Angebote im sozialen Umfeld bieten Raum für Freizeitgestaltung mit Gleichaltrigen, stellen Hausaufgabenhilfen zur Verfügung, ermöglichen sportliche und kulturelle Aktivitäten oder bieten pädagogische Mittagstische an. Sie leisten vor allem Beiträge dazu, Faktoren der Teilhabearmut abzumildern. Darüber hinaus erleichtern auch sie für Eltern älterer Kinder eine Erwerbstätigkeit.

Der **Kommunale Seniorenservice Hannover** bietet älteren Menschen und deren Angehörigen Information, Beratung und Hilfen in allen Lebenslagen an. Dabei geht es beispielsweise um die Klärung der wirtschaftlichen Situation, aber auch um die Unterstützung und Vermittlung von Hilfen und Dienstleistungen zur Bewältigung der Alltagssituation. Besonders in Armutssituationen bekommen diese Angebote eine Bedeutung. Darüber hinaus leistet der Kommunale Seniorenservice gemeinsam mit den Freien Träger durch die Vielzahl an Angeboten der Freizeitgestaltung einen Beitrag zur Vermeidung von Teilhabearmut.

Die Stadtteile Vahrenheide, Mittelfeld und Hainholz, die durch einen hohen Anteil an Armutsbevölkerung auffallen, befinden sich im Programm **„Soziale Stadt**“, zwei weitere Stadtteile (Stöcken und Linden-Süd) sind zur Aufnahme in das Programm angemeldet. Das Programm „Soziale Stadt“ bezieht sich auf Gebiete, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen. Es handelt sich dabei Stadtteile, die unter anderem im Hinblick auf ihre Sozialstruktur erhebliche Defizite aufweisen. Im Sinne der Armutsbekämpfung werden hier unter anderem Maßnahmen zur Hilfe zur Selbsthilfe, stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze, Beschäftigung und Qualifizierung und Verbesserung des Infrastrukturangebotes im Interesse des sozialen Ausgleichs durchgeführt.

Tabelle 1: Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts am 31.12.2005 nach Stadtteilen, Alter, Nationalität und Geschlecht*

Stadtteil	Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts									
	insgesamt		davon…							
			0 bis 17 Jahre		65 Jahre und älter		Nichtdeutsche		Frauen	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01 Mitte	1.575	17,8	201	25,9	84	6,9	422	19,8	477	11,3
02 Calenb. Neustadt	958	15,1	191	29,8	55	5,7	269	20,8	335	10,7
03 Nordstadt	3.005	18,9	714	31,3	144	7,5	838	22,4	1.032	13,1
04 Südstadt	2.927	7,7	639	15,2	190	2,6	509	15,4	1.160	5,5
05 Waldhausen	59	2,8	6	1,9	.	.	.	.	24	2,1
06 Waldheim	51	2,8	19	6,3	.	.	.	.	14	1,4
07 Bult	171	5,6	31	7,6	29	3,7	51	8,8	79	4,6
08 Zoo	147	3,5	23	4,3	10	1,2	31	10,3	57	2,5
09 Oststadt	1.122	8,3	176	11,3	74	3,7	259	14,6	439	6,2
10 List	4.618	10,9	980	16,5	404	5,6	1.219	25,0	1.857	8,2
11 Vahrenwald	4.016	17,2	915	30,6	221	4,5	1.134	25,8	1.479	12,2
12 Vahrenheide	2.798	31,2	695	38,5	231	12,2	832	32,6	1.035	22,8
13 Hainholz	1.885	27,9	422	35,6	143	14,8	604	29,2	723	21,9
14 Herrenhausen	1.621	20,1	335	31,8	147	9,9	524	23,8	644	15,8
15 Burg	488	12,9	96	22,7	103	9,6	180	34,7	213	11,0
16 Leinhausen	336	11,3	101	25,3	9	1,1	72	18,9	122	7,8
17/20 Ledeburg/Nordh.	1.010	17,1	239	22,9	62	4,7	269	28,9	331	11,2
18 Stöcken	2.302	19,2	526	25,4	188	8,8	751	23,6	888	14,7
19 Marienwerder	285	11,2	86	19,0	19	3,0	57	17,9	100	7,7
21 Sahlkamp	3.371	23,8	968	33,1	240	8,9	1.103	40,7	1.222	16,8
22 Bothfeld	1.376	6,8	343	10,2	94	2,0	288	18,9	513	4,8
24 Lahe	62	3,7	9	2,2	4	2,0	7	5,1	22	2,7
25 Groß-Buchholz	4.132	15,7	1.142	26,3	297	5,2	1.212	27,9	1.527	10,8
26 Kleefeld	1.823	15,3	489	25,4	98	4,2	382	20,4	686	10,8
27 Heideviertel	321	6,4	68	11,0	29	1,7	64	20,3	128	4,6
28 Kirchrode	260	2,5	41	2,7	17	0,5	33	5,2	104	1,8
29 Döhren	1.481	11,1	330	19,6	118	4,0	283	20,4	584	8,0
30 Seelhorst	143	4,3	36	6,1	.	.	14	8,9	44	2,6
31 Wülfel	835	19,7	208	31,2	29	3,4	228	31,7	297	13,3
32 Mittelfeld	1.942	23,5	434	31,4	151	7,8	521	36,9	755	17,5
33 Linden-Nord	3.451	21,0	790	33,9	161	7,9	818	21,9	1.260	15,1
34 Linden-Mitte	1.999	17,3	452	24,7	63	4,9	461	21,8	691	12,1
35 Linden-Süd	2.727	29,8	684	42,8	114	10,0	838	27,8	944	20,8
36 Limmer	1.081	17,9	229	27,1	78	7,1	266	21,0	381	12,6
37 Davenstedt	1.480	13,9	412	24,1	95	3,7	351	31,7	549	9,8
38 Badenstedt	2.161	18,8	580	27,2	106	4,4	552	33,2	798	13,3
39 Bornum	309	22,4	85	32,4	15	5,0	63	29,2	112	15,9
40 Ricklingen	2.380	18,6	437	28,0	183	6,3	662	27,9	906	13,7
41 Oberricklingen	1.651	16,0	290	20,0	130	5,2	408	30,3	629	12,0
42 Mühlenberg	2.088	31,6	625	44,2	155	11,1	630	42,9	774	22,5
43 Wettbergen	1.186	9,5	307	13,9	60	2,5	184	22,2	471	7,1
44 Ahlem	1.322	14,1	360	24,8	61	3,1	279	23,7	480	10,0
45/49 Vinnhorst/Brink-H.	854	12,5	198	16,8	56	3,8	203	22,3	325	9,5
47 Bemerode	3.239	18,6	1.024	26,6	90	3,8	686	35,5	1.155	12,8
48 Isernhagen-Süd	58	2,1	6	1,3	.	.	4	2,7	21	1,4
50 Misburg-Nord	2.671	12,3	663	18,9	171	3,7	459	25,4	995	8,9
51 Misburg-Süd	301	11,3	80	18,4	8	1,8	33	12,4	108	8,4
52 Anderten	824	10,9	209	18,3	33	2,0	136	23,1	305	7,7
53 Wülferode	28	3,3	5	3,2	.	.	.	.	13	3,1
keine Angabe	632		193		19		131		241	
Insgesamt	**75.562**	**14,9**	**18.081**	**23,2**	**4.797**	**4,8**	**19.325**	**25,5**	**28.049**	**10,6**

Quelle: Landeshauptstadt Hannover und Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2: Bedarfsgemeinschaften von Transferleistungsempfängerinnen und -empfängern zur Sicherung des Lebensunterhalts am 31.12.2005 nach Stadtteilen und Haushaltstyp *

Stadtteil	Bedarfsgemeinschaften mit Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts					
	insgesamt		davon…			
			Familien		Allein Erziehende	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1	2	3	4	5	6	7
01 Mitte	1.206	17,2	128	25,4	50	35,5
02 Calenb. Neustadt	636	12,9	113	28,2	34	29,1
03 Nordstadt	1.828	15,7	414	30,4	148	31,4
04 Südstadt	1.940	6,8	399	13,8	183	20,1
05 Waldhausen	48	3,3	4	2,4	.	.
06 Waldheim	34	3,0	10	5,7	.	
07 Bult	108	5,1	22	8,9	12	25,5
08 Zoo	111	3,7	17	5,0	7	8,3
09 Oststadt	820	8,1	119	11,8	51	15,2
10 List	2.934	10,0	592	15,4	241	20,3
11 Vahrenwald	2.496	15,1	567	29,2	225	36,5
12 Vahrenheide	1.577	29,1	392	39,4	97	39,3
13 Hainholz	1.160	25,9	264	37,0	105	47,9
14 Herrenhausen	1.062	18,3	212	31,5	97	45,1
15 Burg	320	12,3	63	22,9	27	31,4
16 Leinhausen	183	9,5	67	26,1	21	32,3
17/20 Ledeburg/Nordh.	597	16,6	134	21,8	48	34,5
18 Stöcken	1.404	18,5	330	26,5	126	43,0
19 Marienwerder	162	10,7	45	17,2	20	39,2
21 Sahlkamp	1.678	20,7	545	33,5	161	38,2
22 Bothfeld	804	6,5	200	9,9	73	18,0
24 Lahe	49	5,4	4	1,7	.	.
25 Groß-Buchholz	2.179	12,9	648	24,8	183	28,2
26 Kleefeld	1.035	12,9	299	26,3	114	32,9
27 Heideviertel	207	6,3	41	10,6	18	22,2
28 Kirchrode	188	2,8	26	2,9	13	8,5
29 Döhren	956	10,1	223	19,9	116	29,0
30 Seelhorst	88	4,4	21	5,6	13	19,4
31 Wülfel	485	17,0	128	31,1	40	32,8
32 Mittelfeld	1.176	22,2	273	32,2	100	46,5
33 Linden-Nord	2.212	18,3	484	32,8	210	34,8
34 Linden-Mitte	1.292	15,8	261	23,8	102	25,7
35 Linden-Süd	1.590	25,2	393	43,3	138	43,0
36 Limmer	744	17,4	149	28,5	68	37,2
37 Davenstedt	775	12,1	232	22,6	80	34,3
38 Badenstedt	1.196	16,9	331	26,6	117	36,0
39 Bornum	157	19,3	47	31,3	16	41,0
40 Ricklingen	1.623	17,9	290	28,8	123	40,7
41 Oberricklingen	1.113	16,4	184	20,5	88	38,6
42 Mühlenberg	1.025	27,3	335	44,0	98	54,4
43 Wettbergen	640	8,7	195	14,0	70	24,2
44 Ahlem	742	12,6	214	23,4	79	34,3
45/49 Vinnhorst/Brink-H.	497	12,1	122	17,2	52	34,7
47 Bemerode	1.584	16,1	569	25,5	178	35,3
48 Isernhagen-Süd	45	2,7	4	1,6	.	.
50 Misburg-Nord	1.585	11,7	401	17,9	143	25,9
51 Misburg-Süd	172	10,4	47	17,0	16	25,0
52 Anderten	474	9,8	129	18,3	55	33,3
53 Wülferode	19	3,7	3	3,4	.	.
keine Angabe	398		121		25	
Insgesamt	**45.354**	**13,4**	**10.811**	**22,8**	**3.993**	**30,7**

Quelle: Landeshauptstadt Hannover und Bundesagentur für Arbeit

*** Erläuterungen zu den Tabellen**

<u>Tabelle 1:</u> Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts am 31.12.2005 nach Stadtteilen, Alter, Nationalität und Geschlecht

Stadtteile

Bei den Auswertungen für die Sozialberichterstattung werden insgesamt 49 Stadtteile abgebildet. Die Stadtteile Ledeburg und Nordhafen sowie Vinnhorst und Brink-Hafen werden jeweils zu einem Stadtteil zusammengefasst.

Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Hierin enthalten sind erwerbsfähige Hilfebedürfigte (ALG II-Empfängerinenen und -empfänger) nach dem SGB II, Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII und Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung nach dem SGB XII.

Prozentwerte

Die Prozentwerte geben den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe an.

.
Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind keine Angaben möglich.

[1] darin enthalten sind 104 HLU-Empfängerinnen und -empfänger 60 bis 64 Jahre

<u>Tabelle 2:</u> Bedarfsgemeinschaften von Transferleistungsempfängerinnen und -empfängern zur Sicherung des Lebensunterhalts am 31.12.2005 nach Stadtteilen und Haushaltstyp

Stadtteile

Bei den Auswertungen für die Sozialberichterstattung werden insgesamt 49 Stadtteile abgebildet. Die Stadtteile Ledeburg und Nordhafen sowie Vinnhorst und Brink-Hafen werden jeweils zu einem Stadtteil zusammengefasst.

Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

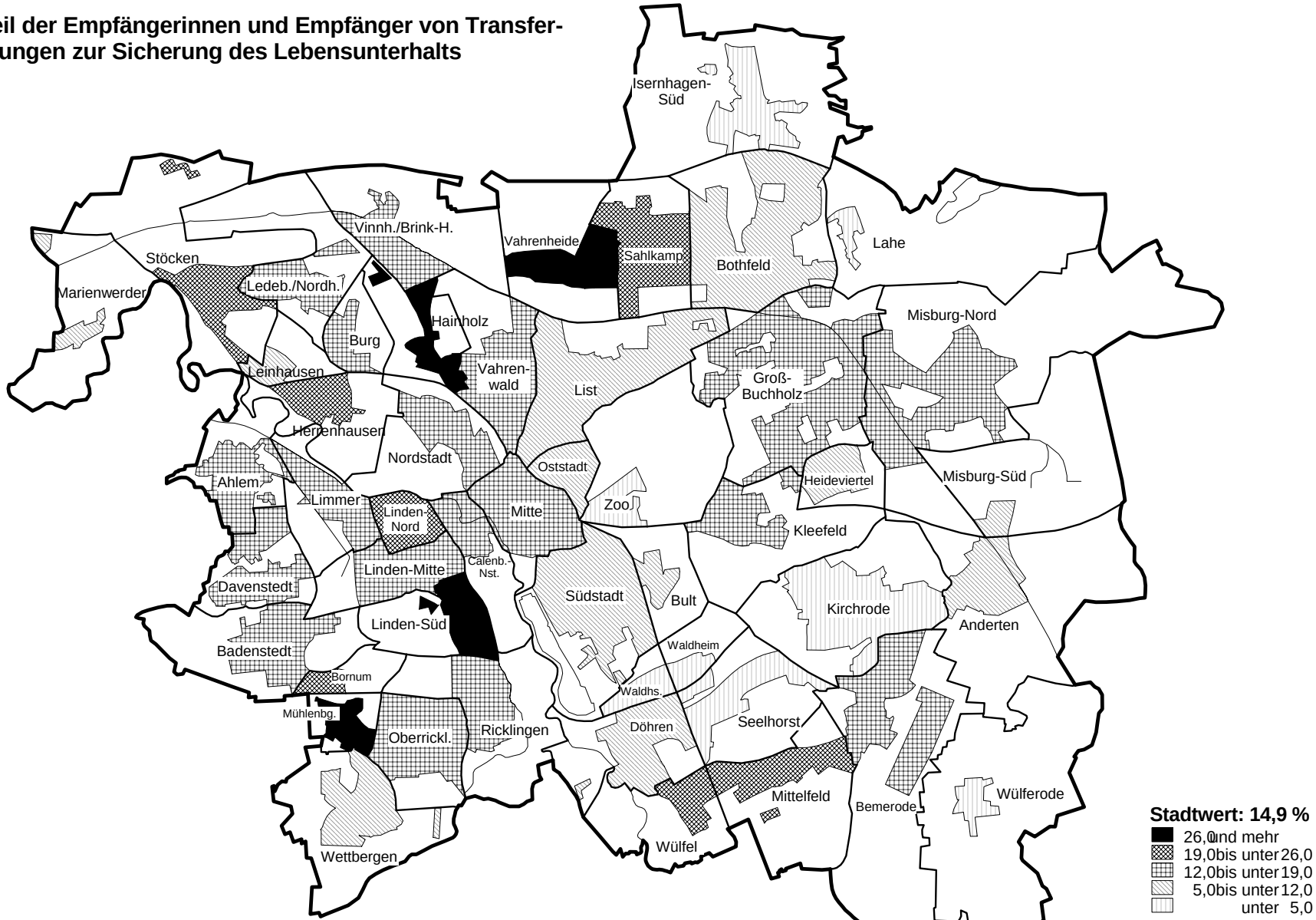
Hierin enthalten sind erwerbsfähige Hilfebedürfigte (ALG II-Empfängerinenen und -empfänger) nach dem SGB II, Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII und Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung nach dem SGB XII

Prozentwerte

Die Prozentwerte geben den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe an.

.
Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind keine Angabe möglich

Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts



Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen
zur Sicherung des Lebensunterhalts an der Bevölkerung a.o.d HW am 01.01.2006

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtbezirksrat
Vahrenwald-List
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Haushalt
Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1879/2006

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Umstrukturierung des Betreuungsangebotes in der Kita Oberbürgermeister-Weber-Haus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in der Rosenbergstraße 22

Antrag,
zu beschließen

- die Betreuungszeit einer Kindergartengruppe (25 Plätze) der Kita Rosenbergstraße von halbtags mit Essen (HTmE) auf eine 3/4- Betreuung (8:00 Uhr - 14:00 Uhr) auszuweiten

  und
- für diese Betreuungszeit ab dem 01.10.2006 laufende Beihilfen auf Basis der Fördergrundsätze des Betriebskostenersatzes (BKE) zu gewähren.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Angebote der Kindertagesstätten richten sich generell an beide Geschlechter, insbesondere achten die Leitungen der Einrichtungen auf eine ausgewogene Belegung der Gruppen. Im Rahmen der Aufnahmekriterien werden zudem familiäre Rahmenbedingungen und Lebenssituationen bei der Platzvergabe berücksichtigt. Die gesetzlichen Vorgaben einer wohnortnahen und bedarfsgerechten Betreuung werden bei der Planung von Betreuungseinrichtungen immer beachtet. Ziel ist auch hier die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen:

Investitionen	in €	bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position	Verwaltungs-haushalt; auch Investitions-folgekosten	in € p.a.	bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position
Einnahmen			**Einnahmen**		
Finanzierungs-anteile von Dritten			Betriebsein-nahmen		
sonstige Ein-nahmen			Finanzeinnah-men von Dritten		
Einnahmen insgesamt	0,00		Einnahmen insgesamt	0,00	
Ausgaben			**Ausgaben**		
Erwerbsaufwand			Personal-ausgaben		
Hoch-, Tiefbau bzw. Sanierung			Sachausgaben		
Einrichtungs-aufwand			Zuwendungen	19.050,00	*4641.000/678000
Investitionszu-schuss an Dritte			Kalkulatorische Kosten		
Ausgaben insgesamt	0,00		Ausgaben insgesamt	19.050,00	
Finanzierungs-saldo	0,00		**Überschuss/ Zuschuss**	-19.050,00	

*Die Finanzierung im Kindertagesstättenbereich erfolgt als Beihilfegewährung an den Träger. Hierbei werden von den Betriebskostenausgaben die zu erzielenden Einnahmen aus Elternbeiträgen und Landesfördermitteln abgezogen, so dass es sich um einen Nettobetrag handelt.

Begründung des Antrages

In der Kindertagesstätte werden insgesamt 85 Kinder betreut. Neben zwei Kindergartengruppen (eine Ganztags- und eine Halbtags-Gruppe mit Essen) betreut die Einrichtung Kinder unter drei Jahren (15 Kd.) sowie Schulkinder (20 Kd.).

Die große Nachfrage nach längeren Betreuungszeiten hat den Träger veranlasst, eine Aufstockung der Betreuungszeit auf ein mindestens sechsstündiges Betreuungsangebot zu beantragen.
Es handelt sich bei diesem Stundenumfang um ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, das berufstätigen Elternteilen gerecht wird, die einer Halbtagstätigkeit nachgehen.

Diese Maßnahme, die mit Kosten in Höhe von ca. 19.050 € zu beziffern ist, wird durch die Schließung der Außengruppe Haltenhoffstr. - zugehörig zur Kita Muehenkamp - aufgefangen.

Dadurch ist es möglich, das Betreuungsangebot in der Kita bedarfsgerecht im Rahmen des bestehenden Kindertagesstättenbudgets umzustrukturieren.

Die geplante Umstrukturierung soll zum 01.10.2006 erfolgen.
Eine Änderung der Betriebserlaubnis ist nicht erforderlich.

51.4

Hannover / 14.09.2006

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss
An die Damen und Herren des
Rates (zur Kenntnis)

Nr. 2048/2006

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

Heimverbund Berichtswesen für das Jahr 2006

.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Angebote des Heimverbundes richten sich generell an Mädchen und Jungen. Bei der Erziehung der Kinder und Jugendlichen wird darauf geachtet, dass auch Aspekte der Gleichstellung von Frauen und Männern Berücksichtigung finden. Traditionell sind überwiegend Frauen im erzieherischen Bereich tätig. Aus pädagogischen Gründen ist der Heimverbund bemüht, verstärkt auch männliche Mitarbeiter einzusetzen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

51.42
Hannover / 16.10.2006

HEIMVERBUND - Berichtswesen für das Jahr 2006

Der Heimverbund legt als ein Element seines Steuerungsmodells bereits seit 1995 mit einer Informationsdrucksache den jährlichen Bericht gegenüber dem Rat und seinen Gremien vor. Dabei werden gemäß Ratsbeschluss insbesondere die Höhe der Entgelte, die fachlichen Standards und Aufgabenwahrnehmung, der Personalschlüssel und die Planungen für das kommende Jahr dargestellt.

Der Jahresbericht ist nach folgenden Themen gegliedert:

- Pädagogische Leistungsstruktur
- Auslastung / Belegung
- Personalwesen
- Budgetierung
- Realisierung der für das Jahr 2006 geplanten Maßnahmen / Planungen für das Jahr 2007

Pädagogische Leistungsstruktur des Heimverbundes

Unter Beibehaltung der vom Rat verabschiedeten fachlichen Standards und unter Berücksichtigung der optimalen Nutzung der finanziellen Mittel werden die pädagogischen Dienstleistungen bedarfsgerecht entwickelt und vorgehalten, um flexible, individuelle und kostengünstige Betreuungen für Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und deren Familien in ihren Notlagen zu ermöglichen.

Die Vereinbarungen zur Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 78a ff Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) für die Betreuungsangebote Wohngruppen, Tagesgruppen, Einzelbetreuung in sonstigen betreuten Wohnformen und der Erziehungsstellen werden zuständigkeitsgemäß mit der Region Hannover verhandelt.

Betreuungsangebote

Derzeit stehen im Heimverbund für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige und deren Familien folgende differenzierte Betreuungsangebote zur Verfügung:

- **Wohngruppen:** 47 Plätze

In sechs in Hannover und Umgebung liegenden Wohngruppen werden jeweils acht bzw. sieben Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren aufgenommen. Die Betreuung erfolgt „rund-um-die-Uhr“. In jeder Gruppe sind 4,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Jede Wohngruppe hat darüber hinaus finanzielle Mittel um Vertretungs- und/oder Hauswirtschaftskräfte einzusetzen.
Betreuungsentgelt 2006 monatlich 4.069,49 €.

Im familienorientierten **Wohngruppenprojekt** werden seit dem 06.06.2005 fünf Geschwisterkinder „rund um die Uhr“ in ihrem vertrauten Sozialraum betreut. Das Konzept für diese Wohngruppe sieht vor, dass die Mutter der Kinder zunehmend wieder in die eigenverantwortliche Versorgung und Betreuung der Kinder eingebunden wird. Dazu wird sie zunehmend Zeit in der Wohngruppe verbringen und entsprechend ihrer Möglichkeiten Betreuungsaufgaben übernehmen. Die Mutter soll dadurch in ihrer Erziehungsfähigkeit so weit gestärkt werden, dass die stationäre Jugendhilfemaßnahme mit Umzug der Kinder in den mütterlichen Haushalt beendet werden kann.
In dieser Geschwisterwohngruppe arbeiten 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein Jahrespraktikant.
Das Betreuungsentgelt für diese Wohngruppe beträgt 5.063,33 € monatlich.

- **Tagesgruppen:** 18 Plätze

In den beiden Tagesgruppen im Gebäude Rohdenhof werden jeweils neun Kinder ab sechs Jahren hauptsächlich aus den Stadtteilen Sahlkamp/Vahrenheide und Bothfeld/Buchholz teilstationär aufgenommen. In jeder Tagesgruppe sind drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Anerkennungspraktikantin oder ein Anerkennungspraktikant tätig.
Betreuungsentgelt 2006: 2.248,40 € monatlich

- **Notaufnahmegruppe:** 8 Plätze

Die Notaufnahmegruppe befindet sich in den Räumlichkeiten des Rohdenhofes. Dort werden Kinder und Jugendliche von ca. fünf bis fünfzehn Jahren aufgenommen, die einer unvorhersehbaren Betreuung bedürfen. Die Gruppe ist auch für polizeiliche Notaufnahmen „rund-um-die-Uhr" aufnahmebereit. Für die Betreuung werden fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Anerkennungspraktikantin oder ein Anerkennungspraktikant eingesetzt.
Jahreskosten : 400.556,05 €

- **Angebot zur Versorgung von Straßenkindern: bed by night**

- Übernachtungsstätte: 10 Plätze

Die Übernachtungsstätte und der Tagestreff zur Versorgung von Straßenkindern sind ein niedrigschwelliges Angebot, das den Jugendlichen eine Grundversorgung sicherstellt sowie ihnen Beratung und Hilfe zur Änderung ihrer Lebenssituation bietet. Die Einrichtung wird mit zwei Mitarbeiterinnen, zwei Mitarbeitern und Honorarkräften betrieben.
Jahreskosten der Gesamteinrichtung: 424.601,15 €

- **Sozialraumorientierte Arbeit der Jugendhilfeteams**

Die Jugendhilfeteams des Heimverbundes arbeiten entsprechend des Konzeptes „Umbau der Hilfen zur Erziehung", das ab 01.01.05 stadtweit umgesetzt wird, in bestimmten Stadtbezirken gemeinsam mit freien Trägern und den entsprechenden KSD-Dienststellen zusammen. In den Jugendhilfeteams arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stationärer und ambulanter Betreuungsangebote zusammen. Insgesamt stehen 25 Stellen zur Verfügung. Die Räumlichkeiten werden gemeinsam genutzt, Gruppenaktivitäten gemeinsam durchgeführt. Die Belegung der einzelnen Betreuungsangebote innerhalb des Jugendhilfeteams richtet sich nach dem Bedarf in den betroffenen Stadtteilen.

Ambulante Betreuung:

Im Rahmen des Projektes „Umbau der Hilfen zur Erziehung" werden alle ambulanten Hilfen (Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehungsbeistand, soziale Gruppe) für Kinder, Jugendliche und Familien von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendhilfeteams erbracht. Inhalt und Umfang der ambulanten Hilfen werden im Hilfeplan festgelegt. Dabei werden die Ressourcen des Stadtteils besonders mit einbezogen. Als einer der ersten Träger im Pilotprojekt Kontraktmanagement hat der Heimverbund wesentlich an der Weiterentwicklung dieses Konzeptes und der stadtweiten Umsetzung als „Umbau der Hilfen zur Erziehung" mitgearbeitet.
Bei einer ambulanten Betreuung einer/eines Jugendlichen in eigener Wohnung werden Wohnraum und Lebensunterhalt nicht durch den Heimverbund zur Verfügung gestellt. Für den ambulanten Bereich wurde ein Budgetrahmen für Personal- und Sachkosten in Höhe von 1.464.381,00 € zur Verfügung gestellt.

Einzelbetreuung in sonstigen betreuten Wohnformen: 16 Plätze
Diese stationäre Betreuungsform wurde aus den bisherigen Angeboten Mobile Betreuung und Kleinstwohngruppen entwickelt. Aufgenommen werden Jugendliche / junge Volljährige, in der Regel von 16 – 18 Jahren, die aufgrund einer außergewöhnlichen Lebenssituation intensive Einzelfallhilfe benötigen. Dabei handelt es sich um Jugendliche, die die Bereitschaft und die Fähigkeit haben, in kleineren Gruppen oder alleine in einer Wohnung zu leben. Die Wohnungen werden vom Heimverbund angemietet, die Kosten für den Lebensunterhalt werden durch den Heimverbund getragen.
Betreuungsentgelt 2006 monatlich 2.719,80 €.

- **Erziehungsstellen:** 30 Plätze

In einer Erziehungsstelle werden ein bis zwei Kinder von pädagogischen Fachkräften in deren Familien betreut**.**
Der Heimverbund ist Träger der Erziehungsstellen, somit werden Aufnahmen, Entlassungen und der Abschluss der Pflegeentgelte durch den Heimverbund koordiniert. Die Beratung der Erziehungsstellen erfolgt durch die Fachkräfte des Heimverbundes.
Betreuungsentgelt 2006: 3.368,20 € monatlich

Auslastung/Belegung

- **Durchschnittliche Auslastung im 1. Halbjahr 2006**

Betreuungsform	kalkulierte Auslastung	tatsächliche Auslastung
Wohngruppen	95%	86,9%
Notaufnahmegruppe	70%	61,1%
Tagesgruppen	100%	103,5%
Jugendhilfeteams	95%	95,80
Erziehungsstellen	95%	78,79%

Einrichtung zur Versorgung von Straßenkindern
Übernachtungsstätte: 1. Halbjahr 2006 **948** und 1. Halbjahr 2005 **922** Übernachtungen
Tagestreff: 1. Halbjahr 2006 **894** und 1. Halbjahr 2005 **961** Besuchskontakte

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Heimverbundes sind bestrebt, die jeweils kalkulierte Auslastung zu erreichen. Zeitweilige Überbelegungen bzw. Unterbelegungen sind möglichst im Lauf des weiteren Jahres auszugleichen.

Durchschnittliche Belegung 1.Halbjahr 2006	vorhandene Plätze	belegte Plätze	davon weiblich (%)	davon männlich (%)	durchschnittl. Alter
Wohngruppen	**47**	**41,4**	**57,7**	**42,3**	**15,1**
Notaufnahme	**8**	**4,89**	**56,5**	**43,5**	**11,54**
Erziehungsstellen	**30**	**23,6**	**61,23**	**38,77**	**11,38**
Tagesgruppen	**18**	**18,63**	**16,6**	**83,4**	**9,26**

Personalwesen

Der Heimverbund verfügt über ein Kontingent von 92,5 Stellen. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen sind derzeit nicht alle Stellen besetzt.

Bedingt durch Teilzeitstellen sind derzeitig 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Heimverbund tätig. Im Heimverbund werden Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ausgebildet, die ihre Praktika in den verschiedenen Gruppen durchführen.

Stand: 01.07.2006	**Gesamt**		**weiblich**		**männlich**	
	2005	**2006**	**2005**	**2006**	**2005**	**2006**
Ganztagsbeschäftigte	**65**	**65**	**37**	**39**	**28**	**26**
• davon Zeitverträge	**9**	**3**	**7**	**3**	**2**	**0**
Teilzeitbeschäftigte	**36**	**25**	**30**	**19**	**6**	**6**
• davon Zeitverträge	**3**	**4**	**2**	**2**	**2**	**2**
Praktikanten	**5**	**4**	**3**	**2**	**2**	**2**
Beschäftigte: Gesamt	**106**	**94**	**70**	**60**	**36**	**34**
Beurlaubte	**20**	**20**	**20**	**19**	**0**	**1**

Traditionell sind überwiegend Frauen in erzieherischen Bereichen tätig. Aus pädagogischen Gründen sind wir bemüht, weiterhin auch männliche Mitarbeiter einzusetzen.

Personalentwicklung

Fortbildungen Schulung

Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Vorraussetzung für eine exzellente pädagogische Arbeit mit den Kindern, Jugendlichen und deren Eltern. Deshalb sind regelmäßige Fortbildungen aufgrund des fachlichen Bedarfs und der individuellen Bedürfnisse in Form von einzelnen Fortbildungen und von Fortbildungsreihen ein Bestandteil der Personalentwicklung im Heimverbund.
Neben den unterschiedlichen individuellen Fortbildungen haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Heimverbundes an folgenden übergeordneten Fortbildungen teilgenommen:

- Garantenhaftung in der Kinder- und Jugendhilfe
- Stationäre und teilstationäre Jugendhilfeangebote im sozialräumlichen Kontext

Budgetierung
- **Kosten- / Leistungsrechnung**
- **Betriebsabrechnungsbogen (BAB) des Jahres 2005**

Der BAB ermöglicht gegenüber der Haushaltsführung den Vorteil der Abgrenzung von eingehenden Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Fälligkeit, während der Haushaltsplan lediglich die tatsächlichen Buchungen darstellt. In der *Anlage 2* ist der BAB in Kurzform für das Jahr 2005 beigefügt.

Die Gesamtkosten für das Jahr 2005 betrugen 6.859.912 € für 2004 7.536.135 €. Die Verteilung der Kosten in Prozenten:

Jahr	2005	2004
Personalausgaben	67,31%	69,73%
Sachkosten	31,85%	29,22%
Kalkulatorische Kosten	0,84%	1,05%

Die Gesamteinnahmen im Jahr 2005 betrugen 6.747.742 € für 2004 7.411.643 €. Hauptsächlich bestanden die Einnahmen aus Pflegeentgelten.

Im letzten Jahr hat der Heimverbund im Gesamtergebnis ein Defizit in Höhe von 112.170 € erzielt. Dieses entspricht einem Kostendeckungsgrad von 98,36%.
Als Ursache für das Defizit ist vorrangig die rückläufige Belegung in dem Bereich der stationären Einzelbetreuung sowie in den Wohngruppen zu sehen. Hier zeigten die Konsolidierungsmaßnahmen des Kommunalen Sozialdienstes insbesondere ihre Wirkung.
Die vom Heimverbund eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen konnten bewirken, dass das Defizit im Vergleich zum Vorjahr 2004 leicht gesunken ist.

Der Heimverbund verfügt – nach Abzug des Defizits aus 2005– über einen rechnerischen Gewinn aus Vorjahren von insgesamt 298.427 €.

Realisierung der für 2006 geplanten Maßnahmen / Planungen für das Jahr 2007

Qualitätsentwicklung

Wir verstehen Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung als permanenten Prozess für die gesamte Organisation. Schwerpunkte in 2005/2006 waren Weiterentwicklung des Handbuches, Kundenbefragung, Auditorenschulung, Mitarbeiterbefragung.

In 2005 wurde das Handbuch weitestgehend fertig gestellt. Dort sind nun die wesentlichen Prozesse und Verfahren, die kennzeichnend für unsere Arbeit sind, beschrieben und verbindlich festgelegt. Die einzelnen Verfahren und beschriebenen Standards müssen sich jetzt im Arbeitsalltag bewähren. Sie sind nicht als statische Größe zu sehen sondern sind an den Bedingungen und Erfordernissen der Arbeit des Heimverbundes orientiert und werden entsprechend verändert oder ergänzt.

Die Ergebnisse der im November 2005 durchgeführten Kundenbefragung (Betreute, Eltern, Kommunaler Sozialdienst) zeigen eine hohe Zufriedenheit mit den Leistungen des Heimverbundes. Dort, wo Potenziale erkennbar wurden, sind diese bearbeitet und entsprechende Veränderungen eingeführt worden.

Die in 2004 angekündigte Auditorenschulung hat im November/Dezember 2005 stattgefunden und war Grundlage für das erste interne Audit des Heimverbundes im

Januar/Februar 2006. Die Ergebnisse der Auditierung hinsichtlich der Implementierung der qualitativen Standards in den pädagogischen Alltag wurden im Laufe des Jahres aufgegriffen und bearbeitet.

Planungen für 2006/2007

Weiterentwicklung des Internes Audits und der Kundenbefragung,
Kundenbefragung und internes Audit sollen regelmäßiger Bestandteil der Qualitätsentwicklung des Heimverbundes sein und alle ein- bis zwei Jahre durchgeführt werden. Dazu entwickeln wir die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Befragungsinstrumente weiter.

Einführung Elterntraining
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Heimverbundes im Jugendhilfeteam Nord-Ost haben in diesem Jahr mit der Durchführung von Elternkursen auf der Grundlage des Rendsburger Elterntrainings begonnen. Hierbei handelt es sich um ein Elterntrainingsprogramm in Kursform zur Veränderung des Erziehungsstils und der Erziehungseinstellung. Das Programm beginnt sehr niederschwellig und setzt bei den Eltern noch kein Problembewusstsein voraus. Es ist nicht an intellektuelle Fähigkeiten der Teilnehmer gebunden, sondern erreicht auch einfach strukturierte Eltern.
Das Angebot richtet sich trägerübergreifend an die Eltern die im Rahmen „Umbau Hilfen zur Erziehung“ ambulante Hilfen erhalten.

Fachtag Kindeswohlgefährdung
Der Heimverbund beschäftigt sich im Rahmen eines Weiterbildungstages am 02.11.06 mit dem Thema Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII. Hierzu sind zwei externe Fachleute geladen.

Neue Räume für Jugendhilfeteams und einer Wohngruppe
Um noch gezielter die Möglichkeiten der jeweiligen Sozial- und Lebensräume in der ambulanten Betreuung zu nutzen, werden wir für einige Jugendhilfeteams neue Räume in den Stadtteilen suchen.

Betriebswirtschaftliche Aussichten

Der HV hat sich durch innovative und neue bedarfsgerechte Angebote ständig weiter entwickelt, Sonderaufgaben für - Problemfamilien / Kinder - für den KSD bereitgestellt.
Die aufgrund des Konsolidierungszwanges im KSD erfolgte Nachfrageveränderung an Hilfsangeboten und der rückläufigen Belegungspraxis führte in den letzten Jahren wie bei anderen Trägern so auch beim Heimverbund zu Leerständen, die nicht mehr aufgefangen werden konnten.

Der Umbau Hilfe zur Erziehung ist insgesamt noch nicht abgeschlossen,
der Kommunale Sozialdienst ist bemüht, mehr stationäre Fälle als bisher in Hannover zu belassen. Es bleibt abzuwarten ob diese Entwicklung auch positive Auswirkungen auf die Belegungssituation des Heimverbundes hat.

Als Gegensteuerungsmaßnahmen wurden bereits in den Wohngruppen und der stationären Einzelbetreuung, die Entgelte und Leistungsbeschreibungen so konzipiert und mit der Region Hannover verhandelt, dass zukünftig eine verbesserte Belegungssituation zu erhoffen ist und somit den betriebswirtschaftlich negativen Folgen entgegen gewirkt werden kann.

51.42
04.10.06

Landeshauptstadt Hannover

HEIMVERBUND OE 51.42

Kurzform des Betriebsabrechnungsbogens 2005

Ausgaben-/Kostenarten Einnahmen-/Erlösarten	Haushalts-soll (€)	Anordnungs-soll (€)	Abgrenzungs-rechnung (+) / (-)		Wirtschafts-rechnung	Summe Hauptkosten-stellen	Summe Hilfskosten-stellen	Summe Allgemeine Ko.Sellen
Personalkosten	5.684.400	4.908.221	-	237.507	4.670.714	2.983.957	1.205.061	481.697
Sachkosten	2.460.100	2.252.624	-	42.913	2.209.711	2.066.900	62.293	80.518
Abschreibung	53.900	54.200	-	8.940	45.260	31.756	12.290	1.214
Zinsen	30.000	25.500	-	12.461	13.039	11.039	1.744	255
Zwischensumme	**8.228.400**	**7.240.545**	**-**	**301.821**	**6.938.724**	**5.093.652**	**1.281.387**	**563.685**
Abzusetzende Erlöse	51.100	78.811	-	0	78.811	39.121	2.678	37.012
Gesamtko.d.Hilfs-/Allg.KoSt.							1.278.709	526.673
Umlagen der Hilfs/Allg.KoSt.						1.805.382		
Gesamtkosten	**8.177.300**	**7.161.734**	**-**	**301.821**	**6.859.912**	**6.859.912**		
Einnahmen Pflegeentgelte	8.169.700	6.771.500	-	215.325	6.741.339	6.741.339		
			+	185.165				
Sonstige Einnahmen, Spenden	7.600	110.156	-	103.752	6.403	6.403		
Summe der Einnahmen	**8.177.300**	**6.881.655**	**-**	**133.913**	**6.747.742**	**6.747.742**		
Über- / Unterdeckung	**0**	**-280.078**			**-112.170**	**-112.170**		
Kostendeckungsgrad					**98,36%**	**98,36%**		
Gewinn aus Vorjahren					**410.598**			
Gewinn gesamt					**298.428**			

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 2008/2006

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Förderrichtlinie über die Gewährung von Leistungen zum sozialpädagogisch begleiteten Wohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach § 13 Absatz 1 SGB VIII (Jugendwohnbegleitung)

Antrag,

die Förderrichtlinie über die Gewährung von Leistungen zum sozialpädagogisch begleiteten Wohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach § 13 Absatz 1 SGB VIII - Anlage 1 - mit Wirkung zum 01.06.2006 zu beschließen.

Die bisherigen Regelungen aus der Beschlussdrucksache Nr. 682 / 2000, werden durch diese Förderrichtlinie ersetzt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Förderrichtlinie nennt ausdrücklich in ihrem Ziel, dass die Landeshauptstadt Hannover Maßnahmen der Jugendwohnbegleitung nur begünstigt, wenn die vorgehaltenen Hilfen zur Integration junger Menschen geschlechtsspezifische Belange besonders berücksichtigen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung des Antrages

Um der neuen Sozialgesetzgebung, hier insbesondere dem Sozialgesetzbuch II sowie dem neuen Tarifrecht für Bund und Kommunen gerecht zu werden, bedarf es der Überarbeitung der Förderrichtlinie aus dem Jahr 2000. Darüber hinaus ist eine Anpassung der Richtlinie an die Anforderungen der Datenbank zum Zuwendungscontrolling der Landeshauptstadt Hannover notwendig.

Folgende signifikante Änderungen und Ergänzungen wurden zu den bisherigen Regelungen vorgenommen:

Unter Ziffer 4.1 der Förderrichtlinie wird die Altersgruppe der nach § 13 Abs. 1 SGB VIII zu begleitenden jungen Menschen die der im § 3 Abs. 2 SGB II genannten Altersgruppe angeglichen. So richtet sich der Leistungsinhalt des § 3 Abs. 2 SGB II an erwerbsfähige Hilfebedürftige bis zum 25. Lebensjahr und verpflichtet die Träger der Grundsicherung zu einer umfassenden Beschäftigungsförderung junger Menschen. Zur optimalen Unterstützung dieser Zielgruppe durch die Jugendwohnbegleitung als flankierende Maßnahme zur Integration in Ausbildung und Beruf, ist eine Altersgruppenangleichung an die Hilfen des SGB II von 21 auf 25 Jahre erforderlich geworden.
Des Weiteren wurden in Ziffer 4.1 Vorbehalte aufgenommen, die bei der Begleitung von Minderjährigen, die kurz vor der Volljährigkeit stehen, zu beachten sind.

Mit Ziffer 4.8 und in Ziffer 6 der Förderrichtlinie wurden Formulierungen aufgenommen, die sich den fortschreibenden Anforderungen der Datenbank zum Zuwendungscontrolling öffnen.

Die Überarbeitung der Ziffer 5.1 - Personalkosten - wurde durch die Neugestaltung des Tarifrechts für den Bund und die Kommunen fällig und berücksichtigt nunmehr die Entgeltordnung des TVöD / VKA.

Die Förderrichtlinie wurde einvernehmlich mit den Trägern der Jugendwohnbegleitung überarbeitet.

51.2
Hannover / 05.10.2006

Förderrichtlinie

über die Gewährung von Leistungen zum sozialpädagogisch begleiteten Wohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach § 13 Absatz 1 SGB VIII

(Jugendwohnbegleitung)

1. Rechtsgrundlage

Diese Richtlinie wird gemäß § 40 Absatz 1 der Nds. Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. Nr. 16/1996, S. 382 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 2006 (Nds. GVBl. Nr. 13/2006, S. 203 ff.), aufgestellt.

2. Ziel

Die Landeshauptstadt Hannover fördert Maßnahmen der Jugendwohnbegleitung nach § 13 Absatz 1 SGB VIII,

- die den spezifischen Problemlagen sozial benachteiligter und individuell beeinträchtigter junger Menschen Rechnung tragen und ihre persönliche Stabilisierung und Verselbständigung unterstützen sowie
- die gezielte sozialpädagogische Hilfen zur sozialen Integration junger Menschen vorsehen
- und die dabei geschlechtsspezifische Belange besonders berücksichtigen.

Wesentliches Ziel der Jugendwohnbegleitung ist die Schaffung einer Wohnsituation für junge Menschen, die im Grundsatz auf Dauer erhalten werden soll. Darüber hinaus soll ihre schulische und berufliche Ausbildung, die Eingliederung in die Arbeitswelt unterstützt und die soziale Integration gefördert werden.

Die Träger der Jugendwohnbegleitung können von der Landeshauptstadt Hannover im Rahmen ihrer Möglichkeiten ideell und finanziell gefördert werden.

3. Allgemeine Voraussetzungen für die Förderung

Die Träger der Jugendwohnbegleitung müssen anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach § 74 SGB VIII sein.

4. Voraussetzungen der städtischen Förderung

4.1 Aus dem Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Jugend und Familie können durch diese Maßnahme junge Menschen vom 18. bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, mit dem Ziel der Verselbständigung in eigenem Wohnraum oder in gemeinschaftlichen Wohnformen wie Wohngemeinschaften, sozialpädagogisch begleitet und gefördert werden.

In begründeten Ausnahmefällen können auch Minderjährige begleitet werden. Zur Aufnahme von Minderjährigen in die Maßnahme der Jugendwohnbegleitung ist das Einverständnis der/des Erziehungsberechtigten erforderlich. Weitere Voraussetzung ist, dass die Erziehungsberechtigten oder der erziehungsberechtigte Elternteil bis zur Volljährigkeit ihres Kindes ihren Wohnsitz im Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Jugend und Familie beibehalten. Bei einem Wohnortwechsel der / des Erziehungsberechtigten aus dem Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Jugend und Familie erlischt der Anspruch auf Jugendwohnbegleitung nach § 13 Absatz 1 SGB VIII.

4.2 Voraussetzung der Förderung ist, dass die jungen Menschen nicht im Rahmen von Hilfe zur Erziehung / Hilfe für junge Volljährige nach den §§ 27 ff. und § 41 SGB VIII sozialpädagogisch zu betreuen sind.

4.3 Es können nur junge Menschen in die Wohnbegleitung aufgenommen werden, deren erster Wohnsitz mindestens sechs Monate zuvor in Hannover amtlich gemeldet wurde.

4.4 Über die Aufnahme in die Wohnbegleitung entscheidet der Fachbereich Jugend und Familie – Bereich Kommunaler Sozialdienst – der Landeshauptstadt Hannover im Einvernehmen mit dem Träger der Maßnahme.

4.5 Die Wohnbegleitung ist grundsätzlich auf 12 Monate begrenzt. Sofern fachlich notwendig, kann die Begleitung für maximal weitere sechs Monate auf Antrag bewilligt werden. Dieser Antrag ist mit Darlegung der Gründe in schriftlicher Form beim Fachbereich Jugend und Familie zu stellen. Dem Antrag ist eine Einverständniserklärung des zu begleitenden jungen Menschen beizufügen.

4.6 Die Anzahl der zu begleitenden Jugendlichen soll pro Trägermaßnahme mindestens 10 betragen. Dabei wird von einem monatsbasierten Jahresdurchschnitt ausgegangen.

4.7 Vom Träger der Maßnahme ist quartalsmäßig eine Statistik über die zu begleitenden jungen Menschen zu erstellen, die dem Fachbereich Jugend und Familie unverzüglich vorzulegen ist. Begonnene Begleitungswochen gelten hierbei als erfüllt.

4.8 Die Förderung kann nur auf schriftlichen Antrag erfolgen. Die Form des Antrags und die zusätzlich einzureichenden Unterlagen werden jeweils vom Fachbereich Jugend und Familie festgelegt.

5. Höhe der städtischen Förderung

Folgende Mittel werden pro Maßnahme in Form einer Festbetragsfinanzierung zur institutionellen Förderung des Teilbereiches der Jugendwohnbegleitung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereitgestellt:

5.1 Personalkosten

Basis der Förderung sollen grundsätzlich die tatsächlich entstandenen Personalkosten einer vollzeitbeschäftigten Fachkraft sein, wobei die Aufteilung auf teilzeitbeschäftigte Fachkräfte möglich ist.
Die Höhe der Förderung soll dementsprechend bis zu 100% der tatsächlich entstandenen Personalkosten einer vollzeitbeschäftigten sozialpädagogischen Fachkraft je Trägermaßnahme betragen, wobei die Einstufung nicht über der einer bei der Landeshauptstadt Hannover beschäftigten sozialpädagogischen Fachkraft liegen soll (entspricht grundsätzlich Entgeltgruppe 9 TVöD / VKA, vormals Vergütungsgruppe BAT IVb).

5.2 Sachkosten und Verwaltungskosten

Für Sachmittel wie insbesondere Büromiete, Büromaterial, Telefonkosten, pädagogischen Bedarf und Fortbildungskosten sowie für Verwaltungskosten werden pro Trägermaßnahme Mittel in Höhe bis zu 5.113,- EUR jährlich bereitgestellt.

Die Auszahlung der städtischen Fördermittel erfolgt i.d.R. in vier Teilbeträgen.

6. Verwendungsnachweis

Der Nachweis über die zweckbestimmte Verwendung der Förderung ist dem Fachbereich Jugend und Familie bis zum 28. Februar des Folgejahres vorzulegen. Er besteht grundsätzlich aus den zahlenmäßigen Nachweisen für beide Förderbereiche, die den Gliederungen der Antragsunterlagen entsprechen müssen, dem Sachbericht, aus dem sich das Erreichen der unter Ziffer 2 festgelegten Zielsetzungen ergibt und einer Jahresstatistik. Die Form des Verwendungsnachweises und die ggf. zusätzlich einzureichenden Unterlagen werden jeweils vom Fachbereich Jugend und Familie festgelegt. Auf Anforderung des Fachbereiches Jugend und Familie berichtet der Träger auch zwischenzeitlich.

7. Mitteilungspflichten des Trägers der Maßnahme

Der Träger der Maßnahme ist verpflichtet, dem Fachbereich Jugend und Familie schriftlich anzuzeigen, wenn

7.1 er weitere Fördermittel für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält, oder wenn er weitere Leistungen von Dritten erhält.

7.2 die Anzahl der zu begleitenden Jugendlichen pro Trägermaßnahme im Quartal unter 10 absinkt.

8. Versagung der städtischen Förderung

8.1 Werden die Voraussetzungen nach Ziffer 4 nicht erfüllt, so können die nach Ziffer 5 gewährten Fördermittel durch die Landeshauptstadt Hannover zurückgefordert werden.

8.2 Wurde die Anzahl der zu begleitenden Jugendlichen nach Ziffer 4.6 in einem Kalenderjahr unterschritten, erfolgt im darauf folgenden Kalenderjahr eine besondere begleitende Überwachung durch den Fachbereich Jugend und Familie, von der auch die Auszahlung der Teilbeträge und ggf. die Höhe der Gesamtförderung abhängig sein kann. In den Fällen kann vom Träger der Maßnahme zusätzlich zu den im Bewilligungsbescheid genannten Förderbedingungen und -pflichten verlangt werden, dass bereits während des Förderzeitraums zusätzliche Unterlagen einzureichen sind und besondere Berichtspflichten erfüllt werden. Über die Art und Form der begleitenden Überwachung entscheidet der Fachbereich Jugend und Familie im Einzelfall.

8.3 Die Förderung kann während der Förderdauer durch den Fachbereich Jugend und Familie versagt werden, wenn der Fachbereich Jugend und Familie erkennt, dass der Träger durch Inhalt oder Umfang der Aufgabe überfordert ist.

9. Schlussbestimmung

Auf die Bewilligung von Zuwendungen besteht kein Rechtsanspruch.

Die Landeshauptstadt Hannover kann zusätzlich zu dieser Richtlinie besondere Bewilligungsbedingungen festlegen.

Für jede geförderte Trägermaßnahme wird ein Bewilligungsbescheid erteilt, der Bestimmungen über die Prüfrechte der Verwaltung, über den Verwendungsnachweis und Anspruchsregelungen der Landeshauptstadt Hannover im Falle der Nichteinhaltung der Bedingungen enthält**.**

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung zum 01.06.2006 in Kraft.

Gleichzeitig wird die Richtlinie vom 01.01.2000 aufgehoben.

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Kulturausschuss
In den Jugendhilfeausschuss

Nr. 1998/2006

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

Qualifizierung Tagespflege

Der Verwaltungsausschuss hat am 17.11.2005 auf Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dass die VHS ein Qualifizierungsprojekt konzipiert, um sowohl die Qualität der Kindertagespflege als auch die Beschäftigungssituation arbeitsloser Frauen zu verbessern (DS Nr. 1367/2005).

Die Volkshochschule der LHH bietet daraufhin in Kooperation mit der Interessengemeinschaft Tagesmütter Hannover e. V., dem Bereich Jugend und Familie der Stadtverwaltung Hannover – Tagespflegebörse und dem Jobcenter Region Hannover vom 11.09.2006 bis 26.01.2007 eine Qualifizierungsmaßnahme zur „Tagesmutter bzw. Tagesvater“ an (Anlage 1). Es handelt sich in dieser Form um eine Pilotmaßnahme mit 10 Qualifizierungsplätzen. **Die Volkshochschule ist in der Lage, bei Bedarf jederzeit – auch kurzfristig – die Kapazität deutlich zu erhöhen und weitere Qualifizierungen anzubieten.**

Diese Qualifizierung bietet interessierten ALG II – EmpfängerInnen grundlegende Vorbereitungen auf den „Beruf“ als **Tagesmutter** bzw. **Tagesvater** mit abschließendem Prüfungskolloquium.

Die Qualifizierung vermittelt fachspezifische Kenntnisse nach dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Prüfungsordnung des Bundesverbandes der Kinderbetreuung in der Tagespflege. Die Tagespflegepersonen werden pädagogisch für ihre Arbeit mit Kindern, auf die Kooperation mit den Eltern und auf die Rahmenbedingungen vorbereitet.

Die Qualifizierung schließt mit einer Prüfung nach der Prüfungsordnung des Tagesmütter Bundesverbandes für Kinderbetreuung in der Tagespflege e. V. ab. Das Zertifikat ist bundesweit anerkannt.

Nach der Qualifizierung werden eine Praxisbegleitung und eine Fachberatung angeboten. Die Qualifizierung wird mit ESF-Mitteln gefördert. Die Maßnahme ist gemäß AZWV (SGB III) vom TÜV Rheinland zertifiziert (Anlage 2).

Darüber hinaus:

- Die Volkshochschule führt in Kooperation mit der Interessengemeinschaft Tagesmütter e.V. seit Herbst 2004 Lehrgänge zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen mit 160 Unterrichtsstunden nach dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts durch. Die Kurse finden einmal wöchentlich sowie an einem Wochenende im Monat statt und erstrecken sich über einen Zeitraum von acht Monaten. Voraussetzung sind das Vorliegen mindestens des Hauptschulabschlusses sowie (für MigrantInnen) ausreichende Deutschkenntnisse. Es werden Teilnahmeentgelte erhoben von 469 €, Ermäßigungen werden nach Maßgabe der VHS-Entgeltordnung gewährt.

- Ergänzend dazu werden den AbsolventInnen Kurse zur Reflexion ihrer Praxiserfahrungen in der Kinderbetreuung als Tagesmütter oder –väter angeboten, die einmal monatlich durchgeführt werden.

- Für zukünftige Tagespflegepersonen, die bereits über pädagogische Qualifikationen verfügen, gibt es ein eigenes Kursangebot, das sich an den Inhalten des DJI-Curriculum orientiert, jedoch nur 100 Unterrichtsstunden umfasst.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Das Qualifizierungsangebot ist für beide Geschlechter offen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

43.1/ Dez. IV
Hannover / 29.09.2006

Anlage 1 zur Drucks. Nr. 1998 /2006

Europa fördert Niedersachsen * fr *

Volkshochschule - Hannover

QUALIFIZIERUNG ZUR TAGESPFLEGE

In Kooperation mit der Interessengemeinschaft Tagesmütter Hannover e.V., Bereich Jugend und Familie der Stadtverwaltung Hannover - Tagespflegebörse und dem Jobcenter Region Hannover

Geplant vom 11.09.06 - 26.01.07

Nach der gesetzlichen Grundlage des Tagesbetreuungsausbaugesetzes sollen Tagespflegepersonen bis 2010 qualifiziert werden.
Diese Qualifizierung bietet interessierten ALG II - EmpfängerInnen grundlegende Vorbereitungen auf den "Beruf" als Tagesmutter bzw. Tagesvater mit abschließendem Prüfungscolloqium.
Die Qualifizierung vermittelt fachspezifische Kenntnisse nach dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Prüfungsordnung des Bundesverbandes der Kinderbetreuung in der Tagespflege. Die Tagespflegepersonen werden pädagogisch für ihre Arbeit mit Kindern, auf die Kooperation mit den Eltern und auf die Rahmenbedingungen vorbereitet.
Die Qualifizierung schließt mit einer Prüfung nach der Prüfungsordnung des Tagesmütter Bundesverbandes für Kinderbetreuung in der Tagespflege e.V. ab. Das Zertifikat ist bundesweit anerkannt.
Nach der Qualifizierung werden eine Praxisbegleitung und eine Fachberatung angeboten.
Die Unterrichts- und Arbeitszeiten sind von Montag bis Donnerstag von 9.00 - 12.15 Uhr. Die Qualifizierung wird mit ESF-Mitteln gefördert.

Informationen und Anmeldung:

Volkshochschule Hannover	Hannegret Schümer	Tel.: 168-41187
Theodor-Lessing-Platz 1	Ingrid Anders	Tel.: 168-45799
30159 Hannover	Raum 213	
Tagespflegebörse Jugend und Familie	Kirsten Breitfeld	Tel.: 168-46445
Lindener Marktplatz 1, 30449 H.	Tagespflegebörse	Tel.: 168-44745
IG-Tagesmütter	Simone Linke	Tel.: 623302
Lister Platz 2, 30163 Hannover		

Anlage 2 zur Drucks. Nr. 1998
/200
6

..

TUV TÜV Rheinland Group

ZERTIFIKAT

Die TÜV-Zertifizierungsstelle der TÜV Rheinland Industrie Service GmbH bescheinigt gemäß § 10 AZWV dem Unternehmen

Volkshochschule Hannover

Theodor-Lessing-Platz 1 30159 Hannover

Zugelassene Weiterbildungsmaßnahme für die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Recht der Arbeitsförderung zugelassen durch die Zertifizierungsstelle der TÜV Rheinland Group - von der Anerkennungsstelle der Bundesagentur für Arbeit anerkannte Zertifizierungsstelle
Maßnahmentitel: Qualifizierung zur Tagespflege
Fachbereich: personenbezogene und soziale
Dienstleistungen Bildungsziel: Sozialpflegerische Berufe
Kennziffer BO/BG: 86

Durch eine Prüfung, Bericht Nr.
00354
wurde der Nachweis erbracht, dass die
Forderungen der

§ 85 SGBFIII § 9 AZWV

erfüllt sind. Dieses Zertifikat ist gültig
bis 2009-07-19. Zertifikat-Registrier-
Nr. 01 601 00354/01

Köln, 2006-07-26

TÜV -Zertifizierungsstelle der TÜV Rheinland Industrie Service GmbH

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 2049/2006

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Wohnortnahe Ferienbetreuungsmaßnahmen

Antrag,
die durch BS 0844/2006 beschlossenen Kriterien zur Förderung wohnortnaher Ferienbetreuungsmaßnahmen von Jugendgruppen und Jugendverbänden bis auf Weiteres anzuwenden.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Mädchen und Jungen sind in gleicher Weise durch den Förderzweck angesprochen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirklungen.

Begründung des Antrages
Aufgrund der geringen Anzahl von in den Sommerferien durchgeführten wohnortnahen Ferienbetreuungsmaßnahmen konnte die ursprünglich beabsichtigte Auswertung der anzuwendenden Kriterien nicht erfolgen. Somit können keine Angaben zur Praktikabilität der beschlossenen Kriterien gemacht werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Förderung künftiger Maßnahmen nach den bisherigen Kriterien vorzunehmen und die Erweiterung der Richtlinien zurückzustellen, bis eine Vielzahl von durchgeführten wohnortnahen Ferienbetreuungsmaßnahmen eine Auswertung zulässt.

51.50.1
Hannover / 16.10.2006

Antrag
(Antrag Nr. 2051/2006)

Eingereicht am 13.10.2006 um 11:00 Uhr.

Antrag von Torsten Albrecht und Ulrich Witt zur Beschlussdrucksache Nr. 1541/2005

Antrag,
der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

> Die Aufhebung der in der o.g. Beschlussdrucksache genannten 50.000-Euro-Grenze im Bereich Fahrt und Lager für stadtnahe Erholungsmaßnahmen ohne Übernachtung. Zu einem späteren Zeitpunkt und mit den Erfahrungen von 2 bis 3 Abrechnungsjahren ist der Beschluss zu überprüfen.

Begründung
Die Entwicklung von Fahrt- und Lager-Maßnahmen ohne Übernachtung liegt im Trend der ausrichtenden Verbände und Organisationen. Aufgrund der erstmals in 2006 ermöglichten Abrechnungsfähigkeit und des organisatorischen Vorlaufes, den auch diese Maßnahme benötigen, ist deren Anzahl z.Zt. noch sehr begrenzt. Die in o.g. Beschluss enthaltene Abgrenzung von Maßnahmen mit Übernachtung gegenüber solchen ohne Übernachtungen kann daher zu nicht ausgeschöpften Mitteln in dem einen Bereich bei gleichzeitig nicht auskömmlichen Mitteln in einem anderen Bereich führen. Dies muss vermieden werden.

Dem Trend zu Erholungsmaßnahmen ohne Übernachtung wird dies kein Abbruch tun. Eine Überprüfung nach 2 bis 3 Abrechnungsjahren stellt sicher, dass es zu keinem Missverhältnis beider Maßnahmetypen kommt.

Torsten Albrecht Ulrich Witt

Hannover / 13.10.2006

FDP-Fraktion

(Antrag Nr. 2115/2006)

Eingereicht am 30.10.2006 um 15:00 Uhr.

Jugendhilfeausschuss

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks. Nr. 2051/2006, Antrag von Torsten Albrecht und Ulrich Witt zur Beschlussdrucksache Nr. 1541/2005

Antrag,
Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Die Abgrenzung der finanziellen Budgets zur Unterstützung von „Fahrt und Lager für stadtnahe Erholungsmaßnahmen ohne Übernachtung“ und diejenigen „mit Übernachtung“ wird aufgegeben.

2. Die Höchstgrenze des gemeinsamen Budgets entspricht der Höhe beider bisher bestehender Einzelbudgets.

Begründung
Eine ersatzlose Aufgabe der 50.000-Euro-Grenze, wie von den Antragstellern der DS 2051/2006 gefordert, hält die FDP-Fraktion auch vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung für nicht zweckmäßig.

Den von den Antragstellern der DS 2051/2006 geschilderten Tendenzen wird die Schaffung eines Gesamtbudgets gerecht. Ebenso wird der Problematik, dass in dem einen Bereich unausgeschöpfte Mittel nicht in den anderen Bereich übertragen werden können, im Interesse der Jugendlichen entgegengewirkt.

Erich Ziemert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Hannover / 30.10.2006

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 2014/2006

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Zuwendungen für Baumaßnahmen in Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2006

Antrag,
zu beschließen,
den nachstehenden aufgeführten Jugendverbänden aus dem Verwaltungshaushalt 2006, aus dem Unterabschnitt 4510- Kinder- und Jugendarbeit- Haushaltsmanagementkontierung 4510.000/718000.9.4 - Zuwendungen für Baumaßnahmen in Jugendeinrichtungen - Zuwendungen in den vorgeschlagenen Höhen zu gewähren:

1. Deutsche Jugend in Europa, Kreisverband Hannover-Stadt e. V.
   für die Sanierung der Dachterrasse des Gruppenheims und
   der Sanierung der Sanitärcontainer auf dem Jugendzeltplatz
   in Meinsen 11.000,00 €

2. Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Hannover
   für die Sanierung und Instandsetzung der Kinder- und Jugendräume
   Deisterstr. 85, Erneuerung der Fenster und Sanierung der Sanitäranlagen 9.000,00 €

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Sanierungsarbeiten in den Jugendeinrichtungen dienen dazu, diese Gebäude in einem nutzungsfähigen Zustand für die männlichen und weiblichen Besuchergruppen vorzuhalten.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen:

Investitionen	in €	bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position	Verwaltungs-haushalt; auch Investitions-folgekosten	in € p.a.	bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position
Einnahmen			**Einnahmen**		
Finanzierungs-anteile von Dritten			Betriebsein-nahmen		
sonstige Ein-nahmen			Finanzeinnah-men von Dritten		
Einnahmen insgesamt	0,00		Einnahmen insgesamt	0,00	
Ausgaben			**Ausgaben**		
Erwerbsaufwand			Personal-ausgaben		
Hoch-, Tiefbau bzw. Sanierung			Sachausgaben		
Einrichtungs-aufwand			Zuwendungen	20.000,00	
Investitionszu-schuss an Dritte			Kalkulatorische Kosten		
Ausgaben insgesamt	0,00		Ausgaben insgesamt	20.000,00	
Finanzierungs-saldo	0,00		**Überschuss/ Zuschuss**	-20.000,00	

Begründung des Antrages

Zu 1)
Die Sanierung der sowohl morschen Dachterrasse des Gruppenheimes in Meinsen als auch der abgenutzten und überholungsbedürftigen Sanitärcontainer des Zeltplatzes in Meinsen ist zur weiteren Nutzung der gesamten Einrichtung zwingend erforderlich.

Die Gesamtkosten betragen 14.661,18 € und werden mit 3667,18 € in Form von Eigenmitteln und Eigenleistungen mit finanziert.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Kreisverband der Deutschen Jugend in Europa eine Zuwendung in Höhe von 11.000,-- € zu gewähren.

Zu 2)
Die Fenster der Kinder- und Jugendräume des Kreisjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt Hannover, Deisterstraße 85, sind zwingend zu sanieren, hier soll eine Lärmschutzdämmung erfolgen. Die Instandsetzung der Sanitäranlagen, WC und Dusche, ist für die weitere Nutzung unerlässlich.

Die Gesamtkosten betragen 14.218,47 € und werden mit 5.218,47 € in Form von Eigenmitteln und Eigenleistungen durch den Träger mit finanziert.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt eine Zuwendung in Höhe von 9.000,-- € zu gewähren.

Die Gesamtfinanzierung der beabsichtigten Baumaßnahmen ist durch die Jugendverbände sichergestellt. Der Stadtjugendring hat sich ebenfalls für die dargestellte Verteilung der Mittel zu den Ziffern 1 und 2 aus dem Verwaltungshaushalt 2006 ausgesprochen.

Die Mittel stehen bei der Finanzposition 4510.000 für den Verwaltungshaushalt 2006 in Höhe von 20.000 € zur Verfügung.

Die Verwaltung bittet, dem Antrag zuzustimmen.

51.5
Hannover / 06.10.2006

Jugendverbandsvertreter
(Antrag Nr. 2101/2006)

Eingereicht am 30.10.2006 um 15:00 Uhr.

Jugendhilfeausschuss

Änderungsantrag von Torsten Albrecht zu Drucks. Nr. 2014/2006, Zuwendungen für Baumaßnahmen in Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2006

Antrag,

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen,
den nachstehenden aufgeführten Jugendverbänden aus dem Verwaltungshaushalt 2006, aus der Hst. 4510.000/718000.9.4 - Zuwendungen für Baumaßnahmen in Jugendeinrichtungen - Zuwendungen in den vorgeschlagenen Höhen zu gewähren:

1. Deutsche Jugend in Europa, Kreisverband Hannover-Stadt e.V. für die Sanierung der Dachterrasse des Gruppenheimes und der Sanierung der Sanitärcontainer auf dem Jugendzeltplatz in Meinsen 11.000,00 Euro

2. Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Hannover für die Sanierung und Instandsetzung der Kinder- und Jugendräume Deisterstraße. 85, Erneuerung der Fenster. 3.400,00 Euro

3. Naturfreundejugend Hannover für Renovierungsarbeiten im Sanitär-, Küchen- und Aufenthaltsbereich des Hauses „Kaffeeküche" der NFJ 5.600,00 Euro

Begründung

Erfolgt mündlich

Torsten Albrecht
Jugendverbandsvertreter

Hannover / 30.10.2006